



HESSEN



Bericht aus Brüssel

05/2024 vom 08.03.2024

Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union
21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel
Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13
E-mail: hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de

Inhaltsverzeichnis

Institutionelles.....	3
Außen- und Verteidigungspolitik.....	3
Europäisches Parlament.....	6
Wirtschaft.....	9
Verkehr.....	13
Energie.....	15
Digital.....	16
Forschung.....	17
Finanzen.....	19
Soziales.....	20
Gesundheit und Verbraucherschutz	20
Umwelt.....	22
Landwirtschaft	24
Justiz	26
Inneres.....	27
EU-Förderprogramme.....	33
Veranstaltungen.....	33
Vorschau	36

Institutionelles

Kommission; Europäisches Bürgerforum zum Thema Energieeffizienz

Die Bürgerforen im Nachgang der Konferenz zur Zukunft Europas werden fortgesetzt. Beim europäischen Bürgerforum vom 23.-25.02.2024 zum Thema Energieeffizienz kamen 150 europäische Bürgerinnen und Bürger zusammen, um über die künftige Energienutzung in der EU und die Umgestaltung des Energiesystems zu diskutieren. Die Kommission plant, ihren ersten Vorschlag für eine Empfehlung zum Grundsatz „Energieeffizienz an erster Stelle“ im Laufe des Jahres 2024 zu veröffentlichen. Es ging bei dem Forum um den Austausch erster Ideen, die aus der Sicht der Teilnehmenden am vielversprechendsten sind. Es ging darum, welchen Einfluss und welche Auswirkungen die Energieeffizienz auf den Alltag hat und welche Möglichkeiten es gibt, ihre Vorteile in vollem Umfang zu nutzen. Die Bürgerinnen und Bürger haben erörtert, wie Einzelpersonen, Kommunen, weitere Akteure des öffentlichen Sektors und der private Sektor sowie andere Akteure ihre Energieeffizienz unter Berücksichtigung von Faktoren wie Klima, Wirtschaft, Arbeitsplätze, Gesundheit und Energiekosten verbessern können. Ziel des Forums ist es, auf der Grundlage früherer und laufender Arbeiten der Kommission eine Liste von Empfehlungen zu erstellen, die künftige EU-Initiativen bereichern sollen. Das europäische Bürgerforum zur Energieeffizienz wird insgesamt an drei Wochenenden zwischen Februar und April 2024 tagen. Nach der Zusammenkunft am 23.-25.02.2024 soll eine zweite Tagung (online) vom 15.-17.03.2024 zur Bestandsaufnahme der ersten Sitzung und Entwicklung von Ideen nach Thema und Fragestellung erfolgen (erste Phase der Ausarbeitung von Empfehlungen). Sodann soll die Abschlusstagung vom 12.-14.04.2024 in Brüssel stattfinden, wobei es um die Erarbeitung von Schlussfolgerungen aus den Debatten und Empfehlungen für die Kommission sowie die Erläuterung der nächsten Schritte gehen soll.

[Bürgerforum zum Thema Energieeffizienz - Europäische Kommission \(europa.eu\)](https://commission.europa.eu/burgerforum/energy-efficiency)

Kommission; Bilanz der von der Leyen-Kommission

Die Kommission hat am 01.03.2024 einen Überblick über die wichtigsten Ergebnisse veröffentlicht, die das Kollegium der Kommissare seit ihrem Amtsantritt am 01.12.2019 erzielt hat. Die Veröffentlichung soll zeigen, wie die Kommission an den sechs Prioritäten, die sie zu Beginn ihrer Amtszeit festgelegt hat, gearbeitet hat. Gleichzeitig wird dargestellt, wie die Kommission die größten Herausforderungen in dem Zeitraum bewältigt hat. Erwähnt werden hierbei die Bekämpfung einer globalen Pandemie, der Umgang mit Wetterereignissen im Zuge des Klimawandels, die Reaktion auf Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine und die Bewältigung der Energiekrise. Die Kommission hat laut der Bilanz ebenfalls dazu beigetragen, dass die EU auf der Weltbühne stärker und mutiger geworden ist und sich den aktuellen geopolitischen Herausforderungen stellt.

https://commission.europa.eu/document/37fb50d6-73e1-426c-bd4a-87c44c8763d9_de

Außen- und Verteidigungspolitik

Kommission; Rat; EP; Gemeinsame Erklärung zum Ukraine-Krieg

Am 23.02.2024 haben der Präsident des Europäischen Rates (ER), die Präsidentin der Kommission und die Präsidentin des EP eine gemeinsame Erklärung zum russischen Angriffskrieg auf die Ukraine veröffentlicht. Sie erklären u.a., dass trotz des vor zwei Jahren begonnenen groß angelegten Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine mit all den Gräueltaten und Leiden, die das gesamte Land seitdem über sich

ergehen lassen muss, die Ukraine standhaft bleibe. Heldenhaft verteidige das ukrainische Volk mit Stärke und Entschlossenheit sein Heimatland und kämpfe für seine Freiheit und die gemeinsamen europäischen Werte. Die EU wolle die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Unversehrtheit der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen immer unterstützen. Die EU sei nach wie vor entschlossen, Russland zur Rechenschaft zu ziehen. Die Ukraine soll laut der Erklärung so lange wie nötig unterstützt werden, und zwar für die Menschen in der Ukraine, für Frieden und Sicherheit in Europa und für die Aufrechterhaltung der regelbasierten internationalen Ordnung. Die EU plant, ihre starke und unverbrüchliche politische, militärische, finanzielle, wirtschaftliche, diplomatische und humanitäre Unterstützung fortsetzen, um der Ukraine dabei zu helfen, sich zu verteidigen, ihre Bevölkerung, ihre Städte und ihre kritische Infrastruktur zu schützen, ihre territoriale Integrität wiederherzustellen, Tausende von deportierten Kindern zurückzubringen und den Krieg zu beenden. Die EU hat beschlossen, Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine aufzunehmen und wird sie auf ihrem Weg zur EU-Mitgliedschaft unterstützen. Die Zukunft der Ukraine liege in der EU. In der Erklärung wird weiterhin erläutert, man arbeite auch an künftigen Sicherheitszusagen, die der Ukraine dabei helfen sollen, sich zu verteidigen, Destabilisierungsversuchen standzuhalten und künftige Angriffshandlungen abzuwenden.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/02/23/joint-statement-by-the-president-of-the-european-council-the-president-of-the-european-commission-and-the-president-of-the-european-parliament/>

Rat; 13. Sanktionspaket gegen Russland

Der Rat verabschiedete am 23.02.2024 das 13. Sanktionspaket gegen Russland wegen seines Angriffskriegs gegen die Ukraine. Dieses enthält u.a. eine Verschärfung der restriktiven Maßnahmen gegen den russischen Militär- und Verteidigungssektor. Weiterhin richten sich die Maßnahmen gegen weitere Einrichtungen in Drittländern, die Ausrüstung liefern, sowie gegen diejenigen, die für die illegale Deportation und militärische Umerziehung ukrainischer Kinder verantwortlich sind. Der Rat verhängte außerdem gegen weitere 106 Personen und 88 Organisationen restriktive Maßnahmen wegen ihrer Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen. Insgesamt gelten die restriktiven Maßnahmen der EU angesichts von Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen, nun für mehr als 2000 Personen und Organisationen. Ihre Vermögenswerte werden eingefroren und es ist Bürgerinnen und Bürgern und Unternehmen der EU verboten, ihnen finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen. Für natürliche Personen gilt zusätzlich ein Reiseverbot, das sie an der Einreise in und der Durchreise durch das EU-Gebiet hindert. Der Rat hat weitere 27 Organisationen in die Liste der Organisationen aufgenommen, die Russlands militärischen und industriellen Apparat unmittelbar bei seinem Angriffskrieg gegen die Ukraine unterstützen. Sie unterliegen strengeren Ausfuhrbeschränkungen für Güter und Technologien mit doppeltem Verwendungszweck sowie für Güter und Technologien, die zur technologischen Stärkung des russischen Verteidigungs- und Sicherheitssektors beitragen können.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/02/23/russia-two-years-after-the-full-scale-invasion-and-war-of-aggression-against-ukraine-eu-adopts-13th-package-of-individual-and-economic-sanctions/>

Kommission; Unterstützung palästinensischer Bevölkerung

Die Kommission hat am 01.03.2024 beschlossen, zusätzliche 68 Mio. EUR für die Unterstützung der palästinensischen Bevölkerung in der gesamten Region bereitzustellen. Die Maßnahme soll von internationalen Partnern wie dem Roten Kreuz

und dem Roten Halbmond umgesetzt werden. Die vorgesehene Hilfe in Höhe von 82 Mio. EUR, die im Jahr 2024 über das UNRWA (United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the near East) geleistet werden soll, soll damit ergänzt werden. Somit erhöht sich der Gesamtbetrag auf 150 Mio. EUR. Die Kommission plant ebenfalls kurzfristig 50 Mio. EUR der UNRWA-Mittel auszahlend. Die Kommission erläutert, sie habe ihren Finanzierungsbeschluss für das UNRWA im Lichte der sehr schwerwiegenden Vorwürfe vom 24.01.2024 geprüft. Die Vorwürfe implizieren eine Verwicklung von mehreren UNRWA-Mitarbeitern in die abscheulichen Anschläge vom 07.10.2023. Die Prüfung des Finanzierungsbeschlusses berücksichtige die von den Vereinten Nationen ergriffenen Maßnahmen und die Verpflichtungen, die die Kommission vom UNRWA verlangt hat. Die Kommission begrüßt die Untersuchung des Büros der Vereinten Nationen für interne Aufsichtsdienste, um die schwerwiegenden Vorwürfe aufzuklären. Darüber hinaus würdigt sie die Vereinten Nationen für die Einrichtung einer unabhängigen Überprüfungsgruppe. Diese Gruppe soll prüfen, ob die Agentur alles in ihrer Macht Stehende unternimmt, um Neutralität zu gewährleisten und auf die mutmaßlichen schwerwiegenden Verstöße zu reagieren. Ferner hat das UNRWA zugesagt, dafür zu sorgen, dass sein Personal überprüft wird und bestätigt, dass es nicht an den Anschlägen teilgenommen hat, und dass weitere Kontrollen eingeführt werden, um solche Risiken in Zukunft zu mindern. Das UNRWA hat außerdem der Einleitung einer Prüfung des Hilfswerks zugestimmt, die von der EU ernannten externen Sachverständigen durchgeführt werden soll. Im Rahmen dessen werden die Kontrollsysteme überprüft, um eine mögliche Beteiligung des Personals und seiner Vermögenswerte an terroristischen Aktivitäten zu verhindern. Die Kommission plant, sich weiterhin uneingeschränkt dafür einzusetzen, die humanitäre Notlage der palästinensischen Bevölkerung, insbesondere im Gazastreifen, aber auch in der Region im weiteren Sinne, anzugehen. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen erklärte, man stehe dem palästinensischen Volk in Gaza und anderswo in der Region zur Seite. Unschuldige Palästinenser sollten nicht den Preis für die Verbrechen der terroristischen Vereinigung Hamas zahlen müssen. Sie seien mit schrecklichen Bedingungen konfrontiert, die ihr Leben gefährden, da es keinen Zugang zu ausreichenden Nahrungsmitteln und anderen Grundbedürfnissen gebe.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_24_1285

Rat; Reform- und Wachstumsfazilität Westbalkan

Der Rat hat sich am 06.03.2024 auf das Verhandlungsmandat für die Reform- und Wachstumsfazilität für die westlichen Balkanstaaten geeinigt. Das Verhandlungsmandat des Rates stützt sich auf den Vorschlag der Kommission vom 08.11.2023 zur Einrichtung der Fazilität. Der neue Wachstumsplan der Kommission für die westlichen Balkanstaaten zielt darauf ab, die wirtschaftliche Integration der westlichen Balkanstaaten in den EU-Binnenmarkt zu verbessern, die wirtschaftliche Integration innerhalb der Region durch den gemeinsamen regionalen Markt zu fördern, grundlegende Reformen zu beschleunigen, auch in Bezug auf Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte, und somit den Erweiterungsprozess zu fördern. Im Rahmen der Fazilität, die sich über den Zeitraum von 2024 bis 2027 erstreckt, werden voraussichtlich bis zu 2 Mrd. EUR in Form von Zuschüssen und 4 Mrd. EUR in Form von Darlehen für die westlichen Balkanländer bereitgestellt. Die Zahlungen sind an strenge Bedingungen geknüpft, die sich auf die Durchführung von Reformen beziehen, die in der vereinbarten Reformagenda der einzelnen Partner festgelegt sind. In dem Verhandlungsmandat legt der Rat nun einen stärkeren Schwerpunkt auf die Ausrichtung der Partner bei der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Weitere wichtige Änderungen betreffen die Stärkung der Rolle des Rates bei der Verwaltung der Fazilität, insbesondere bei der Annahme und Änderung der Reformagenden, der

Überwachung der Erfüllung der Voraussetzungen für die EU-Unterstützung und der Bewertung der Erfüllung der Zahlungsbedingungen. Die Ratspräsidentschaft kann nun die Verhandlungen über den endgültigen Text der Fazilität mit dem EP aufzunehmen, sobald das EP über sein Mandat abgestimmt hat.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-7147-2024-INIT/en/pdf>

Europäisches Parlament

Plenarsitzung des Europäischen Parlaments vom 26.-29.02.2024 in Straßburg

Gesetz zur Wiederherstellung der Natur

Am 27.02.2024 nahm das EP im Rahmen des Berichts von MdEP César Luena (S&D/ESP) das Renaturierungsgesetz mit einer Mehrheit von 329 - 275 – 24 an. Davon betroffen sind auf den Landflächen u.a. Wälder, Wiesen, Feuchtgebiete, Moore, Flüsse und Seen. Die Verordnung verpflichtet die Mitgliedstaaten (MS) nach Inkrafttreten zu einer gestaffelten Wiederherstellung eines guten natürlichen Zustandes. Bis 2030 sollen 30%, bis 2040 60% und bis 2050 schließlich 90% der Habitats, die sich in einem schlechten Zustand befinden, auf Grundlage von nationalen Wiederherstellungsplänen renaturiert werden (siehe Beitrag unter „Umwelt“).

Neue EU-Vorschriften über Führerscheine

Am 28.02.2024 nahm das EP im Rahmen des Berichts von MdEP Karima Delli (GRÜNE/FRA) das Verhandlungsmandat des EP zur Aktualisierung der Führerscheine, zur Einführung von mobilen Führerscheinen und zu obligatorischen Gesundheitschecks mit einer Mehrheit von 339 - 240 - 37 an. Die MdEP fordern darin, dass Führerscheine für Motorräder und Pkw mindestens 15 Jahre und für Lkw und Busse fünf Jahre gültig sein sollten. Eine Verkürzung der Gültigkeitsdauer von Führerscheinen für ältere Personen wie von der Kommission vorgeschlagen - lehnen sie ab, um Diskriminierung zu vermeiden und deren Recht auf Freizügigkeit und Teilnahme am wirtschaftlichen und sozialen Leben zu gewährleisten. Die MdEP unterstützen die Möglichkeit, dass Fahrer ihre Fahrtüchtigkeit selbst bewerten, wobei die Mitgliedstaaten (MS) entscheiden können, ob eine ärztliche Untersuchung erforderlich ist, bei der u.a. das Sehvermögen und mögliche Herz-Kreislauf-Erkrankungen der Fahrer überprüft werden. Die MdEP fordern jedoch von den EU-Regierungen nationale Sensibilisierungskampagnen, mit deren Hilfe das Bewusstsein der Öffentlichkeit für die körperlichen bzw. geistigen Anzeichen geschärft werden soll, die dazu führen können, dass eine Person beim Führen eines Fahrzeugs eine Gefahr darstellt. Fahranfänger müssten eine Probezeit von mindestens zwei Jahren absolvieren, während der sie bestimmten Beschränkungen unterworfen wären, wie z.B. strengeren Alkoholbegrenzungen während des Fahrens und strengeren Strafen für unsicheres Fahrverhalten, so die Abgeordneten.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2024-0095_DE.html

Neue Liste von Umweltstraftaten und Sanktionen

Am 27.02.2024 nahm das EP im Rahmen des Berichts von MdEP Antonius Manders (EVP/NDL) neue Vorschriften betreffend die Umweltkriminalität in der EU an, in denen entsprechende Strafen vorgesehen sind. Die neue Richtlinie, auf die man sich bereits am 16.11.2023 mit dem Rat geeinigt hatte, wurde mit einer Mehrheit von 499 - 100 - 23 angenommen. Sie enthält eine aktualisierte Liste von Straftatbeständen, die nun auch den illegalen Holzhandel, die Erschöpfung von Wasservorräten, schwere Verstöße gegen die EU-Chemikalienvorschriften und die Meeresverschmutzung durch Schiffe umfasst. Die MdEP sorgten dafür, dass in den neuen Vorschriften sogenannte qualifizierte Straftaten aufgeführt werden, z. B. großflächige Waldbrände oder

weitreichende Verschmutzungen von Luft, Wasser und Boden. Diese qualifizierten Straftaten zerstören die Ökosysteme und sind deshalb mit Ökoziden vergleichbar. Umweldelikte, die von Einzelpersonen und Vertretern von Unternehmen begangen werden, sollen je nach Dauer, Schwere oder Umkehrbarkeit der Schäden mit Freiheitsstrafen geahndet werden können. Qualifizierte Straftaten sollen mit bis zu acht Jahren Haft, Straftaten, die den Tod eines Menschen zur Folge haben, mit bis zu zehn Jahren Haft und die übrigen Straftaten mit bis zu fünf Jahren Haft bestraft werden. Alle Straftäter müssen künftig den Umweltbereich, den sie geschädigt haben, wiederherstellen und entsprechend Schadensersatz leisten. Außerdem drohen ihnen Geldstrafen. Die Geldstrafen für Unternehmen können je nach Art der Straftat bis zu 3 oder 5% ihres weltweiten Jahresumsatzes bzw. 24 oder 40 Mio. EUR betragen.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2024-0093_DE.html

Schutz von Journalisten: Neues Gesetz zur Bekämpfung missbräuchlicher Klagen

In einer Abstimmung am 27.02.2024 gab das EP endgültig grünes Licht für neue EU-Regeln zum Schutz von Medienschaffenden und Aktivisten vor missbräuchlichen Klagen. Die mit den EU-Regierungen im November 2023 vereinbarte Gesetzgebung soll diejenigen, die sich zu Themen von öffentlichem Interesse äußern, vor „strategischen Klagen gegen die Beteiligung der Öffentlichkeit“ (SLAPP) schützen. Sie gilt für Fälle, die mehr als ein EU-Land betreffen, und kommt Journalistinnen und Journalisten sowie Aktivistinnen und Aktivisten oder Wissenschaftlern zugute, die sich mit Grundrechtsverletzungen, Korruptionsvorwürfen oder Desinformation beschäftigen. Zu den neuen Sicherheitsvorkehrungen zur Verhinderung von Unterdrückungsversuchen gehört, dass unbegründete Klagen in einem frühen Stadium abgewiesen werden können. Die Gerichte können den Kläger auffordern, eine finanzielle Sicherheit für die geschätzten Verfahrenskosten zu leisten und abschreckende Sanktionen verhängen, z. B. die Zahlung von Schadensersatz.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2024-0085_DE.html

Krieg in der Ukraine: EP fordert mehr EU-Militärhilfe

In der Entschließung, die am 29.02.2024 mit einer Mehrheit von 451 - 46 - 49 angenommen wurde, ziehen die MdEP eine Bilanz der letzten zwei Jahre seit dem Einmarsch Russlands in die Ukraine am 24.02.2022. Sie betonen, dass Russlands Angriffskrieg die geopolitische Lage in Europa und darüber hinaus grundlegend verändert hat, und weisen darauf hin, dass das Hauptziel weiterhin bleibe, dass die Ukraine den Krieg gewinnt. Sie warnen vor schwerwiegenden Folgen, sollte dies nicht geschehen. Sie weisen ebenfalls darauf hin, dass andere autoritäre Regime die Entwicklung dieser Situation beobachten, um ihren eigenen Spielraum für eine aggressive Außenpolitik zu beurteilen. Damit Kiew siegen kann, sollte es keine „selbst auferlegten Beschränkungen der militärischen Unterstützung für die Ukraine geben“, heißt es. Das EP bekräftigt die Dringlichkeit, dem Land alles Notwendige zur Verfügung zu stellen, damit es die uneingeschränkte Kontrolle über sein gesamtes international anerkanntes Hoheitsgebiet wiedererlangen kann. Die MdEP betonten, dass die Ukraine insbesondere hochentwickelte Luftabwehrsysteme, Marschflugkörper mit großer Reichweite wie die Systeme Taurus, Storm Shadow bzw. Scalp usw., verschiedene Arten von Artillerie und Munition (insbesondere Artilleriemunition des Kalibers 155 mm) sowie Drohnen und Waffen benötigt, um Angriffe abzuwehren. Alle Mitgliedstaaten der EU und alle Verbündeten in der NATO sollten die Ukraine militärisch mit mindestens 0,25 % ihres BIP jährlich unterstützen, so die Abgeordneten, die die Mitgliedstaaten (MS) außerdem aufforderten, „umgehend einen Dialog mit Rüstungsunternehmen aufzunehmen, damit der Herstellung und Lieferung insbesondere von Munition, Granaten und Raketen für die Ukraine Vorrang vor Bestellungen aus anderen Drittstaaten eingeräumt wird“.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2024-0119_DE.html

Schutz von hochwertigen Agrarerzeugnissen

Am 27.02.2024 nahmen die Abgeordneten im Rahmen des Berichts von MdEP Paolo de Castro (S&D/ITL) neue Rechtsvorschriften zum Schutz landwirtschaftlicher Qualitätserzeugnisse an. Die mit einer fraktionsübergreifenden Mehrheit von 520 - 19 - 64 angenommene Verordnung schützt die geografischen Angaben offline und online, gibt den Erzeugern mehr Befugnisse und vereinfacht das Verfahren zur Eintragung der geografischen Angaben (siehe Beitrag unter „Landwirtschaft“).

Transparente und sichere politische Werbung

Das EP hat am 27.02.2024 im Rahmen des Berichts von MdEP Sandro Gozi (RN/FRA) die Verordnung betreffend die Transparenz und das Targeting politischer Werbung angenommen. Die Verordnung schreibt u.a. vor, dass politische Werbung klar gekennzeichnet sein muss, damit Bürgerinnen und Bürger erkennen können, warum sie angesprochen werden, wer die Werbung finanziert hat, wie viel dafür bezahlt wurde und auf welche Wahlen oder Referenden sie sich bezieht (siehe Beitrag unter „Inneres“)

Neues System für eine EU-weite digitale Brieftasche

Der europäische Rahmen für die digitale Identität soll es den Bürgern ermöglichen, sich online zu identifizieren und zu authentifizieren, ohne auf kommerzielle Dienstleister angewiesen zu sein. Gemäß der am 29.02.2024 im Rahmen des Berichts von MdEP Romana Jerković (S&D/KRO) angenommenen Verordnung wird diese neue digitale Brieftasche den Bürgern ermöglichen, sich online zu identifizieren und zu authentifizieren, ohne auf kommerzielle Anbieter zurückgreifen zu müssen - eine Praxis, die Bedenken hinsichtlich Vertrauen, Sicherheit und Datenschutz aufwirft. Die Nutzung der EU-Brieftasche wird auf freiwilliger Basis erfolgen. Das Gesetz sieht kostenlose "qualifizierte elektronische Signaturen" für Nutzer von EU-Geldbörsen vor, die am vertrauenswürdigsten sind und die gleiche Rechtsgültigkeit wie eine handschriftliche Unterschrift haben, sowie Interaktionen zwischen Geldbörsen, um den digitalen Austausch zu verbessern. Die Abgeordneten haben auch strenge Regeln für die Registrierung und Überwachung der beteiligten Unternehmen festgelegt, um die Verantwortlichkeit und Rückverfolgbarkeit zu gewährleisten. Über ein sogenanntes Datenschutz-Dashboard sollen die Nutzer die volle Kontrolle über ihre Daten haben und die Löschung ihrer Daten beantragen können, wie es die Allgemeine Datenschutzverordnung (DSGVO) vorsieht.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2024-0117_DE.html

Kurzzeitvermietungen: Schutz der Verbraucher vor betrügerischen Inseraten

Das EP hat am 29.02.2024 im Rahmen des Berichts von MdEP Kim Van Sparrentak (GRÜNE/NDL) mit einer fraktionsübergreifenden Mehrheit von 493 - 14 - 33 eine neue Verordnung angenommen, die die Branche der kurzfristigen Vermietung transparenter und verantwortungsvoller gestalten soll. Dies soll u.a. durch harmonisierte Anforderungen an die Erhebung und Weitergabe von Daten über Kurzzeitvermietungsdienste geschehen.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2024-0112_DE.html

Europawahlen: Spitzenkandidaten der europäischen Parteien

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen ist am 07.03.2024 von der Europäischen Volkspartei in Bukarest zur Spitzenkandidatin für die Europawahl gewählt worden.

<https://www.tagesschau.de/ausland/europa/evp-von-der-leyen-kandidatenwahl-100.html>

Die europäischen Sozialdemokraten haben am 02.03.2024 den derzeitigen EU-Arbeitskommissar Nicolas Schmit zum Spitzenkandidaten für die anstehende Europawahl bestimmt.

<https://www.tagesschau.de/ausland/europa/nicolas-schmit-spitzenkandidat-eu-wahl-100.html>

Die Europäischen Grünen gehen mit einem weiblich-männlichen Duo von Spitzenkandidaten in die Europawahl. Sie wählten am 03.02.2024 bei einem Kongress in Lyon MdEP Terry Reintke (GRÜNE/DEU) und MdEP Bas Eickhout (GRÜNE/NDL) in diese Funktion.

<https://www.sn.at/politik/weltpolitik/eu-gruene-reintke-eickhout-spitzenkandidaten-152807734>

Die Partei der Europäischen Linken hat auf ihrer Generalversammlung am 24.02.2024 ihren Vorsitzenden Walter Baier zu ihrem EU-Spitzenkandidaten bestätigt.

<https://www.nd-aktuell.de/artikel/1180285.europaeische-linke-walter-baier-der-linke-spitzenmann.html>

Wirtschaft

Rat; Tagung des Bündnisses von Handelsministern zum Thema Klima

Am 25.02.2024 hat sich das „Bündnis von Handelsministern zum Thema Klima“ am Rande der 13. Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation getroffen. Hauptpunkte des Treffens waren die Förderung von internationalen Standards zur Unterstützung von Dekarbonisierungsbemühungen, die Unterstützung von Entwicklungsländern bei der Umsetzung von Handels- und Klimastrategien sowie die weitergehende Förderung der Prioritäten des Bündnisses im Allgemeinen. Im Bündnis vertreten sind alle für Handelspolitik verantwortlichen Ministerinnen und Minister der Mitgliedsstaaten, der Kommissar für Handel sowie Handelsministerinnen und Handelsminister aus weiteren 32 Partnerländern.

https://policy.trade.ec.europa.eu/news/coalition-trade-ministers-climate-promoting-climate-focused-trade-policy-2024-02-25_en

Kommission; Mitteilung zu fortgeschrittenen Werkstoffen für die industrielle Führung veröffentlicht

Die Kommission hat am 27.02.2024 eine Mitteilung für den Übergang zu einer führenden Rolle der EU-Industrie bei fortgeschrittenen Werkstoffen veröffentlicht. In der Mitteilung werden Maßnahmen vorgeschlagen, die sich auf fünf Hauptsäulen stützen und gemeinsam mit den Mitgliedstaaten, Industrieakteuren und anderen wichtigen Interessenträgern umgesetzt werden sollen. Dazu gehören u. a. die Stärkung des europäischen Forschungs- und Innovationsökosystems zu fortgeschrittenen Werkstoffen, eine beschleunigte Markteinführung innovativer Werkstoffe, die Erhöhung der Kapitalinvestitionen und des Zugangs zu Finanzmitteln und die Einrichtung eines Technologierats für fortgeschrittene Werkstoffe. Die Kommission sieht die Mitteilung als ersten Schritt auf dem Weg zu einem gemeinsamen europäischen Konzept für fortgeschrittene Werkstoffe an.

https://research-and-innovation.ec.europa.eu/document/download/0fcf06ea-c242-44a6-b2cb-daed39584996_en

EuG: Klagen bezüglich der Finanzierung des Vorhabens der Festen Fehmarnbeltquerung abgewiesen.

Am 28.02.2024 hat das EuG in den Rechtssachen T-390/20 und T-7/19 die drei Klagen in vollem Umfang abgewiesen. Sie betrafen die Finanzierung des Vorhabens der Festen Fehmarnbeltquerung zwischen DNK und DEU. Die Fährgesellschaften Scandlines Danmark und Scandlines Deutschland brachten in den Rechtssachen T-390/20 und T-7/19 vor, dass die Kommission die staatlichen Beihilfen DNK mit den Beschlüssen C(2018) 6268 vom 13.12.2018 und C(2020) 168 vom 20.03.2020 zu Unrecht genehmigt habe. In der Rechtssache T-390/20 befand das EuG, dass die Kommission das Vorhaben der festen Querung zu Recht als Vorhaben von gemeinsamem europäischen Interesse ansehen konnte. Auch DNK klagte gegen den Beschluss C(2020) 168 der Kommission. Die Kommission habe nach Ermessen DNKs Maßnahmen in Form von Kapitalzuführungen, staatlichen Darlehen und Garantien fälschlicherweise als staatliche Beihilfe eingestuft. Das EuG urteilte, dass die Finanzhilfen DNKs an Femern A/S (Das Unternehmen das mit der Vorbereitung der Fehmarnbeltquerung beauftragt ist) als staatliche Beihilfen betrachtet werden müssen, da die Stellung der Femern A/S gegenüber den anderen Unternehmen auf dem Markt durch die Finanzhilfe, deutlich gestärkt wurde.

<https://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=T-7/19>

<https://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=T-364/20>

<https://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=T-390/20>

Kommission; Leitlinien zur Förderung des doppelten Übergangs für die chemische Industrie veröffentlicht

Die Kommission hat am 29.02.2024 Leitlinien zur EU-Finanzierung für die gemeinsame Umsetzung des Übergangspfads der chemischen Industrie veröffentlicht. Das Dokument zielt darauf ab, Chemieunternehmen, insbesondere KMU, bei der Suche nach Möglichkeiten zur Finanzierung von Projekten für den ökologischen und digitalen Wandel wie Investitionen in erneuerbare Energien und sichere und nachhaltige Chemikalien zu unterstützen. Der Leitfaden beleuchtet die wichtigsten EU-Finanzierungsprogramme zur Umgestaltung der chemischen Industrie und enthält Beispiele für unterstützte Initiativen. Dazu gehören z. B. Horizont Europa, der Innovationsfonds und das Programm „Digitales Europa“.

https://single-market-economy.ec.europa.eu/document/download/43fd74aa-d5ab-4b15-81bb-080d108d3570_en?filename=GROW-2024-00145-00-00-EN-EDT-00.pdf&prefLang=de

Rat; 13. Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation (WTO) und Tagung des Rates „Auswärtige Angelegenheiten“ (Handel)

Vom 25.-29.02.2024 wurde die Tagung des Rates „Auswärtige Angelegenheiten“ in der Zusammensetzung „Handel“ am Rande der 13. Ministerkonferenz der WTO in Abu Dhabi abgehalten. Vor dem Beginn der Ministerkonferenz hat der Rat elf Schlussfolgerungen veröffentlicht, in denen der Rat sein Engagement für ein offenes und regelbasiertes multilaterales Handelssystem und die Notwendigkeit der Reformierung der WTO bekundete. Während der Ministerkonferenz konnten EU-Verhandlungsführer u.a. eine Verlängerung des „E-Commerce-Moratoriums“ erzielen, wodurch weiterhin zollfreier Handel mit online-Diensten und digital übertragbaren Inhalten möglich sein wird. Eine, von der EU erhoffte, Einigung über globale Fischereisubventionen konnte nicht erreicht werden. Auch wurde keine Einigung über die Aufnahme von Beratungen über die handelspolitischen Herausforderungen (Handels- und Industriepolitik, politischer Spielraum für die Industrialisierung, Handel und Umwelt) erzielt. Eine Agrarreform und die Reformierung der WTO, insbesondere beim Streitbeilegungssystem, konnten auch nicht erzielt werden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_24_1294

Kommission; Geldbuße gegen Apple wegen kartellrechtswidriger Vorschriften für Musikstreaming-Anbieter verhängt

Die Kommission hat am 04.03.2024 gegen Apple wegen Missbrauchs seiner beherrschenden Stellung auf dem Markt für den über seinen „App-Store“ laufenden Vertrieb von Musikstreaming-Apps an Nutzer des eigenen Betriebssystems iOS eine Geldbuße in Höhe von über 1,8 Mrd. EUR verhängt. Die Untersuchung der Kommission hat ergeben, dass Apple es Entwicklern von Musikstreaming-Apps untersagt, iOS-Nutzer umfassend über alternative, billigere Musikabonnements zu informieren, die außerhalb des „App-Stores“ verfügbar sind. Die Kommission befindet in ihrem Beschluss, dass die Bestimmungen von Apple an die Entwickler unlautere Handelsbedingungen darstellen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_24_1161

Kommission; Anpassung der Mindestanforderungen an die Ausbildung von Krankenpflegern, Zahnärzten und Apothekern

Die Kommission hat am 04.03.2024 eine delegierte Richtlinie angenommen, mit der die Mindestanforderungen an die Ausbildung von Krankenschwestern und Krankenpflegern, die für die allgemeine Pflege verantwortlich sind sowie von Zahnärzten und Apothekern im Rahmen der Berufsqualifikationsrichtlinie überarbeitet werden. Die in der delegierten Richtlinie enthaltenen Anforderungen betreffen u. a. die Mindestkenntnisse, -fertigkeiten und -kompetenzen, die in der Berufsausbildung erworben werden müssen. Auf der Grundlage dieser Mindestanforderungen sollen die Mitgliedstaaten Berufsqualifikationen für den grenzüberschreitenden Zugang zu diesen reglementierten Berufen automatisch anerkennen.

https://single-market-economy.ec.europa.eu/news/modernising-minimum-training-requirements-nurses-dental-practitioners-and-pharmacists-across-eu-2024-03-04_en

Rat; EP; vorläufige Einigung über ein Verbot von in Zwangsarbeit hergestellten Produkten erzielt

Rat und EP haben am 05.03.2024 eine vorläufige Einigung über den Verordnungsvorschlag über ein Verbot von in Zwangsarbeit hergestellten Produkten auf dem Unionsmarkt erzielt. Die vorläufige Einigung legt klare Kriterien fest, die von der Kommission und den zuständigen nationalen Behörden bei der Bewertung von Zwangsarbeit anzuwenden sind. Zudem legt die vorläufige Einigung fest, wann und wo eine bestimmte Behörde der Kommission oder der Mitgliedsstaaten bei Feststellung von Zwangsarbeit die Ermittlungen leiten soll. Die endgültige Entscheidung (d. h. über das Verbot, die Rücknahme und die Beseitigung eines in Zwangsarbeit hergestellten Produkts) soll von der Behörde getroffen werden, die die Untersuchung geleitet hat. Die von einer nationalen Behörde getroffene Entscheidung soll in allen anderen Mitgliedstaaten nach dem Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung gelten.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/03/05/council-and-parliament-strike-a-deal-to-ban-products-made-with-forced-labour/>

Kommission; europäische Strategie für die Verteidigungsindustrie

Die Kommission hat am 06.03.2024 die erste europäische Strategie für die Verteidigungsindustrie auf EU-Ebene (EDIS) vorgelegt. In der Strategie werden neben den Herausforderungen, mit denen die technologische und industrielle Basis der europäischen Verteidigung (EDTIB) derzeit konfrontiert ist, auch Möglichkeiten und Maßnahmen zur Verbesserung der gemeinsamen Finanzierung und Kapazitätenbildung der europäischen Verteidigungsindustrie skizziert. Es soll u.a. ein „Gremium

für die Bereitschaft der Verteidigungsindustrie“ und eine hochrangige Gruppe der europäischen Verteidigungsindustrie geschaffen werden. Die Strategie sieht auch einen Ausbau engerer Beziehungen zur Ukraine und ihrer Verteidigungsindustrie sowie eine Verstärkung der Zusammenarbeit mit der NATO vor. Die Strategie gibt auch einige verteidigungsindustrielle Indikatoren vor, an denen sich Mitgliedstaaten orientieren sollen, z. B. soll der EU-interne Verteidigungshandel bis 2030 mindestens 35% des EU-Verteidigungsmarktes ausmachen.

https://defence-industry-space.ec.europa.eu/eu-defence-industry/edis-our-common-defence-strategy_en

Kommission; Programm für die europäische Verteidigungsindustrie

Anknüpfend an die am 06.03.2024 vorgelegte Strategie für die Verteidigungsindustrie hat die Kommission ebenfalls am 06.03.2024 ein Programm für die europäische Verteidigungsindustrie vorgelegt (EDIP). Das EDIP umfasst sowohl finanzielle als auch regulatorische Aspekte. Das EDIP soll im Zeitraum von 2025 bis 2027 1,5 Mrd. EUR aus dem EU-Haushalt mobilisieren, um die Wettbewerbsfähigkeit der technologischen und industriellen Basis der europäischen Verteidigung (EDTIB) weiter zu verbessern. Die finanzielle Unterstützung aus dem EDIP soll insbesondere die gemeinsame Beschaffung erweitern sowie die Munitionsproduktion verbessern. Das EDIP soll auch die Industrialisierung von Produkten aus kooperativer Forschung und Entwicklung fördern, die bereits aus dem Europäischen Verteidigungsfonds unterstützt werden.

https://defence-industry-space.ec.europa.eu/eu-defence-industry/edip-future-defence_en

Rat; Tagung des Wettbewerbsfähigkeitsrats in der Formation „Binnenmarkt und Industrie“

Am 07.03.2024 trafen sich die für den Binnenmarkt und die Industrie zuständigen Ministerinnen und Minister in Brüssel. Zu den wichtigsten Tagesordnungspunkten gehörte u.a. eine Orientierungsaussprache zur Verordnung zur Bekämpfung von Zahlungsverzug im Geschäftsverkehr. Zudem fand ein Gedankenaustausch zum Jahresbericht der Kommission über den Binnenmarkt und die Wettbewerbsfähigkeit 2024 statt. Die Ministerinnen und Minister wurden zudem über den Stand der Fortschritte bei verschiedenen Gesetzgebungsvorschlägen unterrichtet, wie u.a. über den Verordnungsvorschlag über das Verbot von in Zwangsarbeit hergestellten Produkten und den Richtlinienvorschlag über die Sorgfaltspflicht von Unternehmen im Hinblick auf Nachhaltigkeit (EU-Lieferkettengesetz) und über den Vorschlag für ein Notfallinstrument für den Binnenmarkt. Zudem diskutierte der Rat auch über die künftige Industriepolitik der EU.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/compet/2024/03/07/>

EuGH; Schlussanträge bezüglich eines öffentlichen Vergabeverfahrens zwischen KRO und Kolin İnşaat Turizm Sanayi ve Ticaret vorgelegt

Am 07.03.2024 hat Generalanwalt Anthony Collins seine Schlussanträge in der Rechtssache C-652/22 vorgelegt. Hintergrund ist die Anfechtung der Entscheidung eines kroatischen öffentlichen Auftraggebers, seitens des türkischen Bauunternehmens Kolin İnşaat Turizm Sanayi ve Ticaret, bezüglich einer Auftragsvergabe über die Verbesserung der Eisenbahninfrastruktur zwischen zwei kroatischen Städten. Im Rahmen dieses Anfechtungsverfahrens ersuchte ein kroatisches Gericht den EuGH, die Umstände zu klären, unter denen die öffentlichen Auftraggeber nach Ablauf der Angebotsfrist Bieter zu Richtigstellungen oder Erläuterungen auffordern können. Der Generalanwalt empfiehlt das Vorabentscheidungsersuchen für unzulässig zu erklären, da nur diejenigen Wirtschaftsteilnehmer sich auf die Vergaberichtlinien berufen können, die ihren Sitz in

Ländern haben, die für die EU bindende internationale Abkommen über das Beschaffungswesen geschlossen haben. Da das türkische Bauunternehmen seinen Sitz nicht in einem solchen Land habe, das unter die Richtlinie über die Vergabe öffentlicher Aufträge falle, sei Unzulässigkeit gegeben. Es ist folglich nicht in der Lage, sich vor den Gerichten der Mitgliedstaaten auf die Bestimmungen dieser Richtlinie zu berufen. Falls der EuGH beschließen sollte, dass das Vorabentscheidungsersuchen zuzulassen sei, schlägt er dem EuGH allerdings vor für Recht zu erkennen, dass das Unionsrecht einem öffentlichen Auftraggeber verwehrt, von einem Bieter Unterlagen über seine technische und berufliche Leistungsfähigkeit unter Angabe von im ursprünglichen Angebot nicht enthaltenen Arbeiten anzufordern.

<https://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=C-652/22>

EuGH; Urteil zur nachträglichen Überprüfung von Nutzungsentgelten für das DB-Eisenbahnnetz

Mit Urteil vom 07.03.2024 entschied der EuGH in der Rechtssache C-582/22 über das Vorabentscheidungsersuchen des Verwaltungsgerichts Köln. Dieses hatte dem EuGH mehrere Fragen zur Auslegung von Art. 56 der Richtlinie 2012/34/EU des EP und des Rates vom 21.11.2012 zur Schaffung eines einheitlichen europäischen Eisenbahnraums gestellt. Der EuGH entschied, dass Art. 56 Abs. 1, 6 und 9 der o.a. Richtlinie dahingehend auszulegen ist, „dass er einer Regelung eines Mitgliedstaats entgegensteht, die für die mit einem Antrag gemäß Art. 56 Abs. 1 befasste Regulierungsstelle jede Zuständigkeit ausschließt, die Rechtmäßigkeit der Wegeentgelte, deren Geltungsdauer abgelaufen ist, zu überprüfen und ihre Unwirksamkeit mit Ex-tunc-Wirkung festzustellen.“ Außerdem sei Art. 56 Abs. 9 der Richtlinie 2012/34 dahin auszulegen, dass dieser nicht verlangt, dass die Regulierungsstelle die Erstattung von Wegeentgelten selbst anordnen kann, wenn das nationale Recht diese Zuständigkeit den Zivilgerichten zuweist. Dies gelte wenn dabei die Grundsätze der Äquivalenz und der Effektivität eingehalten würden. Dem Vorabentscheidungsersuchen liegt ein Rechtsstreit der Länderbahn, die Prignitzer Eisenbahn, der Ostdeutsche Eisenbahn und der Ostseelands Verkehrs GmbH zugrunde. Diese bieten in unterschiedlichen Gebieten von DEU Schienenpersonennahverkehrsdienste an. Sie nutzten das Netz der Deutschen Bahn (DB Netz), um ihre Verkehrsleistungen zu erbringen und zahlten hierfür eine Gebühr. Sie klagen vor dem Verwaltungsgericht Köln auf Unwirksamkeit der Infrastrukturnutzungsentgelte der Jahre 2002 bis 2011 mit Wirkung für die Vergangenheit und daran anknüpfend auf Rückzahlung durch die DB Netz.

<https://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=C-582/22>

V e r k e h r

Rat; EP; vorläufige Einigung zur Modernisierung von Schiffsüberprüfungen und Aufsicht

Am 27.02.2024 haben Rat und EP über die Aktualisierung der Anforderungen an die Hafenstaatskontrolle von Schiffen, die EU-Häfen anlaufen, und über die Flaggenstaat-Anforderungen für in Mitgliedstaaten registrierte Handelsschiffe eine vorläufige Einigung erzielt. In Bezug auf den Flaggenstaat-Richtlinienvorschlag 2023/0172(COD) einigten sich die Organe darauf, die einschlägigen Vorschriften der internationalen Seeschiffahrtsorganisation (IMO) in das EU-Recht aufzunehmen. Das Übereinkommen über den Richtlinienvorschlag zur Hafenstaatskontrolle 2023/0165 (COD) sieht eine Angleichung des EU-Rechts an die IMO und die Pariser Vereinbarung über die Hafenstaatskontrolle über die Anforderungen an die Organisation und Durchführung von Hafenstaatskontrollen vor.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/02/27/maritime-safety-council-and-parliament-strike-deals-to-support-clean-and-modern-shipping-in-the-eu/>

Kommission; Vorschlag für eine Verlängerung der Straßenverkehrsabkommen mit der Ukraine und Moldau

Die Kommission hat am 05.03.2024 einen Vorschlag zur Verlängerung der Straßenverkehrsabkommen mit der Ukraine und Moldau und zur Aktualisierung des Abkommens mit der Ukraine vorgelegt. Die Straßenverkehrsabkommen verleihen ukrainischen, moldauischen und EU-Verkehrsunternehmen bilaterale Transportrechte für das jeweilige Gebiet. Mit der Aktualisierung des Abkommens sollen neue Schutzklauseln hinzugefügt werden, mit der in Gebieten, die eine erhebliche Störung aufweisen, das Abkommen ausgesetzt werden kann. Zudem soll mit der Aktualisierung vorgeschrieben werden, dass Dokumente mitgeführt werden müssen, aus denen hervorgeht, dass ein Verkehrsunternehmer ordnungsgemäß ermächtigt ist, grenzüberschreitende Beförderungen durchzuführen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_24_1305

Kommission; Eisenbahnagentur der EU – Aktualisierung der Gebühren und Entgelte

Die Kommission hat am 05.03.2024 eine Konsultation über die Änderung der an die Eisenbahnagentur der EU zu entrichtenden Gebühren und Entgelte für Eisenbahnen und zu den derzeitigen Zahlungsbedingungen eröffnet. Die zur Konsultation stehende Initiative zielt darauf ab, einige Gebühren, die zum Stundensatz erhoben werden, durch Festbeträge zu ersetzen. Die Konsultationsfrist endet am 02.04.2024.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14073-Eisenbahnagentur-der-EU-Aktualisierung-der-Gebuehren-und-Entgelte_de

Rat; EP; vorläufige Einigung zur Verbesserung der Effizienz des Luftraummanagements erzielt

Am 06.03.2024 haben Rat und EP eine vorläufige Einigung über den Richtlinienvorschlag zur Verwirklichung des einheitlichen europäischen Luftraums erzielt. Ziel der Reform ist es, die Leistung, die Organisation und das Management des europäischen Luftraums sowie die Erbringung von Flugsicherungsdiensten und die Anpassungsfähigkeit von Flugsicherungssystemen zu verbessern. Gleichzeitig sollen die Auswirkungen des Luftverkehrs auf Umwelt und Klima verringert werden. Die vorläufige Einigung sieht u.a. vor, dass die Mitgliedstaaten nationale Aufsichtsbehörden benennen, die in Zusammenarbeit mit der für die Zertifizierung von Flugsicherungsorganisationen zuständigen nationalen Behörde die Einhaltung wirtschaftlicher Anforderungen wie finanzielle Nachhaltigkeit und Organisationsstruktur durch die Flugsicherungsorganisationen bewerten sollen. An der Bewertung der Flugsicherungsdienste wird auch die Kommission beteiligt sein. Die Kommission soll dabei von einem Leistungsüberprüfungsausschuss (PRB) unterstützt werden, der eine beratende Funktion hat.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/03/06/single-sky-reform-council-and-parliament-strike-a-deal-to-improve-efficiency-of-air-space-management-in-the-eu/>

Kommission; Empfehlung an die Mitgliedstaaten, weiterhin Gas einzusparen

In einer Mitteilung vom 27.02.2024 empfiehlt die Kommission den Mitgliedstaaten (MS), weiterhin Gas einzusparen, um die Versorgung zu sichern und die Märkte zu stabilisieren. Die MS werden aufgefordert, weiterhin freiwillige Maßnahmen zu ergreifen, um eine kollektive Senkung der Gasnachfrage um 15% gegenüber der durchschnittlichen Nachfrage zwischen April 2017 und März 2022 aufrechtzuerhalten, da die Notstandsvorschriften voraussichtlich am 31.03.2024 auslaufen werden. Die Kommission ist der Meinung, dass trotz der verbesserten energiepolitischen Aussichten der EU weiterhin weitere Energieeinsparungen erforderlich sind.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_24_1142

Kommission; Aufforderung zur Infrastrukturfazilität für alternative Kraftstoffe veröffentlicht

Die Kommission veröffentlichte am 29.02.2024 eine Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen im Rahmen der Fazilität „Connecting Europe“ – Infrastrukturfazilität für alternative Kraftstoffe (AFIF). Insgesamt stehen 1 Mrd. EUR zur Verfügung, um den Aufbau einer Infrastruktur für die Versorgung mit alternativen Kraftstoffen im Straßen-, See-, Binnenschiffs- und Luftverkehr entlang des transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN-V) zu unterstützen. Antragsteller können ihre Vorschläge vor einem der nachfolgenden drei Stichtage einreichen: 24.09.2024, 11.06.2025 und 17.12.2025.

https://cinea.ec.europa.eu/funding-opportunities/calls-proposals/cef-transport-alternative-fuels-infrastructure-facility-afif-call-proposal_en

10. Ministertagung des Beirats für den südlichen Gaskorridor

Die 10. Ministertagung des Beirats für den südlichen Gaskorridor wurde am 01.03.2024 in Baku (Aserbaidschan) einberufen. Vertreterinnen und Vertreter aus 23 Partnerregierungen und 52 Institutionen und Unternehmen nahmen an der Veranstaltung teil. Auf der Tagung wurden die laufenden Bemühungen zur Entwicklung der entsprechenden Infrastruktur und Gasfelder erörtert. Dadurch sollen die Gaslieferungen aus Aserbaidschan in die EU weiter erhöht werden. Erwähnt wurden zudem die Solidaritätsring-Initiative und die Verbindungsleitung zwischen BUL und Serbien. Auf der Tagung wurde sich dafür ausgesprochen, die bestehenden Fernleitungssysteme wie die Trans-Balkan-Pipeline in vollem Umfang zu nutzen und die laufenden Projekte abzuschließen, die die Diversifizierung der Lieferungen an den integrierten europäischen Markt weiter verbessern werden.

https://energy.ec.europa.eu/news/joint-statement-10th-ministerial-meeting-southern-gas-corridor-advisory-council-and-2nd-ministerial-2024-03-01_en?prefLang=de

Kommission; 2. Ministertagung des Beirats für grüne Energie

Am 01.03.2024 fand zudem in Baku die 2. Ministertagung des Beirats für grüne Energie unter dem Vorsitz der Kommissarin für Energie Kadri Simson statt. Hauptpunkt der Tagung war die Unterzeichnung der Absichtserklärung über die Zusammenarbeit im Bereich der Windenergie zwischen der aserbaidschanischen Agentur für erneuerbare Energien und dem europäischen Industrieverband WindEurope. Dieser Unterzeichnung wohnte auch die Energiekommissarin bei.

https://energy.ec.europa.eu/news/eu-steps-renewable-energy-cooperation-azerbaijan-2024-03-04_en?prefLang=de

Rat; Tagung des Rats Verkehr, Telekommunikation und Energie in der Formation Energie

Am 04.03.2024 tagte der Energieministerrat. Er führte u.a. einen Gedankenaustausch über den Stand der Versorgungssicherheit und die Vorbereitungen für den Winter 2024/2025 unter Berücksichtigung der Dekarbonisierungsziele. Zahlreiche Ministerinnen und Minister forderten, die Einfuhr von russischem Gas schrittweise einzustellen, aber auch die Versorgungswege zu diversifizieren, die Energieeffizienz zu steigern sowie die Bemühungen um Energiebewusstsein fortzusetzen und die Elektrifizierung zu beschleunigen. Diese Maßnahmen seien wichtig, um die Resilienz zu erhöhen und die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Der Rat erzielte eine Einigung zur Fortsetzung der koordinierten Maßnahmen zur Verringerung der Gasnachfrage. Mit diesem nicht verbindlichen Instrument werden die Mitgliedstaaten darin bestärkt, ihre Bemühungen zur Senkung ihrer Gasnachfrage um 15% gegenüber dem Referenzzeitraum vom 01.04.2017 bis zum 31.03.2022 fortzusetzen. Dabei soll aber besonderen Gegebenheiten Rechnung getragen werden. Der Rat führte zudem einen Gedankenaustausch über Flexibilität als wesentliches Instrument für die Energiewende und zur Ermöglichung der Entkopplung von fossilen Brennstoffen aus Russland. Auch hat sich der Rat mit der Lage des Solarenergiesektors in Europa befasst. Zudem informierte die Kommission den Rat über Stand der Fortschritte der Mitgliedstaaten im Hinblick auf die Erreichung der 2030-Ziele für die Umwelt, Klima und Energie.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/tte/2024/03/04/>

Kommission; Empfehlung zur Förderung der Entwicklung innovativer Formen des Solarenergieausbaus

Die Kommission hat am 05.03.2024 eine Konsultation eröffnet, mit der sie Leitlinien für die Mitgliedstaaten zur Förderung innovativer Formen der Solarenergie formulieren will. Die Leitlinien sollen vorrangig auf die Aufhebung von regulatorischen sowie nicht-regulatorischen, natürlichen, sozialen, technologischen, wirtschaftlichen und industriellen Hindernissen eingehen. Die Leitlinien sollen auf die EU-Strategie für Solarenergie, die 2022 als Teil des REPowerEU-Plans angenommen wurde, aufbauen. Die Konsultationsfrist endet am 02.04.2024.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14147-Empfehlung-zur-Forderung-der-Entwicklung-innovativer-Formen-des-Solarenergieausbaus_de

Digital

Kommission; Weißbuch zur digitalen Infrastruktur der EU vorgestellt

Am 21.02.2024 stellte die Kommission ein Weißbuch mit dem Titel „How to master Europe’s digital infrastructure needs?“ vor. Es enthält Vorschläge zu möglichen Maßnahmen zur Förderung von Innovation, Sicherheit und Widerstandsfähigkeit digitaler Konnektivitätsnetze, verbunden mit dem Ziel, in der EU einen echten digitalen Binnenmarkt zu verwirklichen. Aus Sicht der Kommission hängt die Wettbewerbsfähigkeit aller Sektoren der europäischen Wirtschaft von leistungsstarken digitalen Netzinfrastrukturen und -diensten ab; sie bilden die Grundlage für ein weltweites BIP-Wachstum von bis zu 2 Billionen EUR bis 2030. Das Weißbuch legt daher zwölf Szenarien – aufgeteilt auf drei Säulen – für mögliche Maßnahmen vor: 1. Säule: Schaffung eines Netzwerkes für „Connected Collaborative Computing“ (sog. 3C-Netzwerk); 2. Säule: Das Potenzial des digitalen Binnenmarktes voll ausschöpfen; 3. Säule: Sicherheit und Widerstandsfähigkeit digitaler Infrastrukturen. Im Rahmen der 1. Säule wird eine Integration verschiedener Rechenressourcen mit unterschiedlichen

Netzkapazitäten und deren mögliche intelligente Orchestrierung über ein sog. „3C-Netzwerk“ beleuchtet. Die 2. Säule beschäftigt sich mit der besseren Ausschöpfung des Potentials des digitalen Binnenmarktes, um die Investitionskraft im Sektor zu steigern. Laut Kommission sind zur Steigerung der Gigabit- und 5G-Konnektivität bis 2030 Gesamtinvestitionen von bis zu 148 Mrd. EUR erforderlich. Weitere Investitionen in Höhe von 26 bis 79 Mrd. EUR könnten notwendig sein, um eine vollständige Abdeckung der Verkehrskorridore in der EU zu gewährleisten. Im Rahmen der 3. Säule stehen die Fortschritte in der Quanteninformatik im Zusammenhang mit Verschlüsselungsmethoden in digitalen Netzen sowie die Sicherheit von Unterseekabeln als zentraler Faktor für die Widerstandsfähigkeit digitaler Infrastrukturen im Vordergrund. Die von der Kommission skizzierten Szenarien sollen die Grundlage für Überlegungen zu einer künftigen Verordnung zu Digitalen Netzwerken (Digital Networks Act/DNA) bilden und werden daher im Rahmen einer öffentlichen Konsultation diskutiert. Die Konsultation läuft bis zum 30.06.2024.

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/library/white-paper-how-master-europes-digital-infrastructure-needs>

F o r s c h u n g

Kommission; Forschung und Innovation, Klimaneutralität

Die Generaldirektion Forschung und Innovation der Kommission hat am 04.03.2024 einen Bericht zum Thema „Forschung und Innovation für Klimaneutralität 2050: Herausforderungen, Möglichkeiten und der Weg nach vorne“ veröffentlicht. Der Bericht legt einen Fokus auf wichtige Bereiche in Forschung und Innovation, die aktuell bedeutende Investitionen benötigen, um in den nächsten 10 bis 20 Jahren Reife, Kommerzialisierung und Umsetzung zu erreichen. Die Kommission argumentiert darin, dass systemische Ansätze zur Bekämpfung des Klimawandels am besten in die Entwicklung von Forschungsprogrammen integriert werden können. Der Bericht identifiziert 17 Schlüsselbereiche, um Klimaneutralität zu erreichen. Dazu gehört Photovoltaik, Windenergie, Wasserstoff, Direct Air Capture, Kreislaufwirtschaft sowie „Grüner Stahl“. Zusätzlich hebt der Bericht die Möglichkeiten, Grenzen und Risiken von Technologien wie KI, synthetische Biologie und Blockchain hervor.

<https://op.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/5dee91d3-d9e8-11ee-b9d9-01aa75ed71a1/language-en/format-PDF/source-308322154>

Kommission; Europäischer Forschungsrat; Bericht über Demokratie

Der Europäische Forschungsrat (ERC) hat am 01.03.2024 einen Bericht über die Auswirkungen der Forschung des ERC auf Herausforderungen zum Themenfeld Demokratie beurteilt. Der ERC, eine Agentur der EU, vergibt sehr begehrte Forschungs-Grants. Der vorgelegte Bericht umfasst Aspekte wie Rechtsstaat, Wählerverhalten, Online-Kampagnen, gesellschaftliches Engagement, Fake News und Desinformation. Der ERC betont in seiner Vorlage das breite Themenspektrum der ERC-finanzierten Forschungsprojekte. Die Projekte tragen laut ERC substantiell dazu bei, dass forschungsbezogenes Wissen erarbeitet wird, auf dessen Grundlage politische Initiativen ergriffen werden können.

https://erc.europa.eu/sites/default/files/2024-02/report_democracy.pdf

Kommission; EURATOM Forschungs- und Trainingsprogramm 2026-27

Die Kommission hat am 04.03.2024 eine öffentliche Konsultation zu ihrem Vorschlag, das EURATOM Forschungs- und Trainingsprogramm bis 2027 zu verlängern, geöffnet. Diese Konsultation läuft bis zum 24.05.2024. Das aktuelle Programm läuft seit 2021 bis 2025 mit einem Budget von 1,4 Mrd. EUR. Als Teil der Konsultation

werden drei Optionen evaluiert. Option eins besteht aus dem Ende von EU-Förderungen für Nuklearforschung, die dann nur noch auf nationalem Level gefördert werden könnte. Die zweite Option besteht in einer Verlängerung der Regulierung mit exakt gleichen Parametern, und die dritte Option beinhaltet ein modifiziertes Programm, um die Relevanz von EURATOM für die folgenden zwei Jahre sicherzustellen. Die Kommission führt bezüglich ihres Ansatzes aus: Nukleartechnologien spielen in der Energie- und Klimapolitik der EU und ihrer Mitgliedstaaten eine wichtige Rolle. Für Mitgliedstaaten, die die Kernenergie nicht nutzen, sei die Nuklearwissenschaft nach wie vor auch für andere Anwendungen als die Stromerzeugung in Bereichen wie Medizin, Industrie, Landwirtschaft, Umwelt und Weltraum von Bedeutung.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14180-Euratom-research-and-training-programme-for-2026-2027_en

Kommission; Forschung und Innovation: Innovationsökosysteme

Die Kommission hat am 20.02.2024 einen Bericht veröffentlicht, in dem eine bessere Teilhabe von regionalen Innovationsökosystemen in der EU am Programm Horizont Europa thematisiert wird. Der Bericht beurteilt sowohl die Wichtigkeit von regionalen Forschungskapazitäten als auch die Charakteristika der Regionen hin zur Innovation. Der Bericht kommt zum Schluss, dass die Qualität von Forschungsergebnissen wichtiger als deren Quantität ist, gerade in Projekten, die auf gesellschaftliche Herausforderungen ausgelegt sind. Auch bei der Patentaktivität sei Qualität wichtiger als Quantität, gerade im Hinblick auf Projekte, die sich auf industrielle Ziele fokussieren. Ein Fazit lautet, dass eine kritische Masse erforderlich ist, damit ein regionales Ökosystem in Horizont Europa reüssieren kann, und zwar u.a. in Bezug auf die Bevölkerungszahl, wirtschaftliche Entwicklung, Forschungsinvestitionen und Humanressourcen.

<https://op.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/a5c42b45-81e3-11ee-99ba-01aa75ed71a1>

Kommission; Horizont Europa: Innovationen im Bereich der Wasserstoffforschung

Am 22.02.2024 hat die Kommission einen Bericht zum Thema „Beitrag der EU Forschungs- und Innovationsprogramme zur Aufnahme von Wasserstoff in Europa“ veröffentlicht. Zu den wichtigen Erkenntnissen des Berichts zählt, dass die EU durch die letzten Forschungsrahmenprogramme 776 Projekte mit Bezug auf Wasserstofftechnologie seit 2007 initiiert hat und mehr als 2,9 Mrd. EUR investiert wurden, mit einem starken Anstieg seit 2023. Zwei Drittel der Förderungen gingen an Projekte, die eine Endnutzer-Fokussierung haben, der Luftfahrtsektor erhielt ein Sechstel der Beiträge. Regionale Konzentrationen der Förderung sind erkennbar, besonders im Nord-Westen Europas, und mit 262 Mio. EUR wurden sog. „Hydrogen-Valleys“ gefördert. Das Finanzierungsvolumen einzelner EU-Mitglieder ist heterogen, wobei DEU das größte Volumen erhalten hatte. 93% aller Projekte involvieren mindestens einen Akteur aus den großen Mitgliedstaaten DEU, FRA und ITL.

<https://op.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/b82ce4e0-d215-11ee-b9d9-01aa75ed71a1/language-en>

EuRH; EU-Haushalt nicht vollständig vor Verletzungen der Rechtsstaatlichkeit geschützt

In einem Bericht vom 22.02.2024 stellte der EuRH fest, dass der Haushalt der EU auch nach Einführung des Konditionalitätsmechanismus im Jahr 2021 noch nicht vollständig vor Verletzungen der Rechtsstaatlichkeit geschützt sei. So bestehe das Risiko, dass sich das Einfrieren der Mittel auf bestehende Programme auswirken könne und die Bevölkerung die negativen Konsequenzen spüren würden, etwa im Fall von Erasmus+. Auch sieht der EuRH das Risiko, dass die Anwendung des Konditionalitätsmechanismus zu wenig mehr als einer „box-ticking exercise“ werden könnte, ohne dass sich die Rechtsstaatlichkeit vor Ort verbessert. Weiterhin könne die Entscheidung, EU-Mittel zu blockieren oder freizugeben, letztendlich auf politischen Überlegungen anstatt wie vorgesehen auf einer technischen und rechtlichen Prüfung beruhen. Dieses Risiko bestehe v.a. dann, wenn Entscheidungen über die Freigabe von Mitteln gleichzeitig zu Entscheidungen diskutiert werden, die der Einstimmigkeit bedürfen – wie im Falle des Europäischen Rates im Dezember 2023, als es um die Aufnahme von Beitrittsgesprächen mit der Ukraine und zugleich die Freigabe der Mittel für HUN ging.

<https://www.eca.europa.eu/en/publications/SR-2024-03>

EP; Standpunkt zur FASTER-Initiative bei zu viel entrichteten Quellensteuern

Das Plenum des EP hat am 28.02.2024 eine Entschließung zum Richtlinienvorschlag der Kommission für „Schnellere und sicherere Verfahren für die Entlastung von überschüssigen Quellensteuern“ (FASTER) angenommen. Die Kommission hatte den Vorschlag am 19.06.2023 vorgelegt, um Quellensteuerentlastungen zu erleichtern und zugleich betrügerische Praktiken wie Cum-ex- oder Cum-cum-Geschäfte zu unterbinden. Hintergrund der Initiative ist, dass bei grenzüberschreitenden Investitionen viele Mitgliedstaaten eine Steuer auf Dividenden aus Aktien und Anleihen erheben. Diese werden jedoch auch im Herkunftsland des Anlegers versteuert und müssen in bisher langwierigen Verfahren teilweise oder ganz erstattet werden, um eine Doppelbesteuerung zu vermeiden. Die Legislativvorschläge umfassen u.a. die Einführung einer digitalen EU-Ansässigkeitsbescheinigung sowie eines einheitlichen schnellen Erstattungsverfahrens, dessen Dauer auf 25 Kalendertage reduziert werden soll. Die Entschließung wird dem Rat vorgelegt, der sie vor seiner finalen Entscheidung prüfen muss.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2024-0102_DE.html

Rat; EP; Halbzeitüberprüfung des Mehrjährigen Finanzrahmens 2021-2027 abgeschlossen

Am 28.02.2024 nahm der Rat drei Gesetzgebungsakte zur Überprüfung des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) 2021-2027 an. Am Vortag hatte das EP-Plenum bereits grünes Licht für das Paket gegeben. Damit ist die Halbzeitüberprüfung des MFR abgeschlossen. Entsprechend der Einigung der Staats- und Regierungschefs auf dem Europäischen Rat am 01.02.2024 stockt die Reform den langfristigen EU-Haushaltsplan um insgesamt 64,6 Mrd. EUR auf. Davon entfallen u.a. 50 Mrd. EUR auf die neu geschaffene Ukraine-Fazilität und 1,5 Mrd. EUR auf den Europäischen Verteidigungsfonds im Rahmen der neuen Plattform für Strategische Technologien in Europa (STEP). 10,6 Mrd. EUR sollen dabei über Mittelumrichtungen finanziert werden. Die Halbzeitbewertung hatte zum Ziel, den MFR besser an aktuelle Herausforderungen wie die Folgen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine und die stark gestiegenen Zinskosten für den Corona-Aufbauplan NextGenerationEU anzupassen.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52024DC0110&qid=1709835574963>

Kommission; Änderung des EU-Haushalts für 2024

Die Kommission legte am 29.02.2024 einen Vorschlag für eine Änderung des EU-Jahreshaushalts 2024 vor. Damit will sie der zwischen Rat und EP erzielten Einigung zum Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2021-2027 Rechnung tragen. 2024 sollen demnach mehr als 5 Mrd. EUR zusätzlich zur Verfügung stehen. Davon entfallen 4,8 Mrd. EUR auf die Ukraine-Fazilität, 376 Mio. EUR auf die STEP-Plattform, 365 Mio. EUR auf die Europäischen Solidaritätsreserve und der Soforthilfereserve und 501 Mio. EUR auf die zu schaffende Reform- und Wachstumsfazilität für den Westbalkan. Der Haushaltsberichtigungsplan muss von Rat und EP gebilligt werden.

https://commission.europa.eu/publications/draft-amending-budget-no-12024_de

S o z i a l e s

EuRH; Sachstand zur Gleichstellungspolitik in der EU

Der EuRH hat am 29.02.2024 ein Schlaglicht auf den aktuellen Sachstand zur EU-Gleichstellungspolitik veröffentlicht. Anlass ist der Weltfrauentag am 08.03. Hierbei lassen die Prüferinnen und Prüfer die zurückliegenden EU-Initiativen Revue passieren, kommen jedoch zu dem ernüchternden Ergebnis, dass „es keine neuen Entwicklungen“, gäbe. Zu guter Letzt gibt der EuRH auch Einblick in den eigenen Personalstamm: Hier sind Frauen leicht in der Überzahl (53:47). Allerdings sind Frauen in Führungspositionen nach wie vor unterrepräsentiert (39% Ende 2022). Bei den drei zuletzt ernannten Hofmitgliedern handelte es sich ausnahmslos um Frauen, weshalb sich der Frauenanteil leicht in Richtung Parität bewegt habe.

https://www.eca.europa.eu/de/news/NEWS2024_03_NEWSLETTER_02

Kommission; 3 Mio. EUR an EU-Geldern für Arbeitskräfte aus der Stahlindustrie

Die Kommission hat am 29.02.2024 vorgeschlagen, dass 835 entlassene Arbeitskräfte in der deutschen Stahlindustrie mit 3 Mio. EUR unterstützt werden sollen. Hintergrund ist, dass das französische Stahlunternehmen Vallourec S.A. im November 2021 beschloss, sein Röhrenwerk in Mülheim (DEU) zu verkaufen und die Produktion nach Brasilien zu verlagern. Mit den Geldern aus dem Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung zugunsten entlassener Arbeitnehmer (EGF) werden Maßnahmen zur Berufsorientierung und -beratung, Hilfestellung bei der Arbeitssuche (z. B. durch Jobscouts und die Teilnahme an Jobmessen) sowie Schulungsangebote finanziert. Pro Arbeitnehmerin und Arbeitnehmer können Fördermittel von bis zu 22 000 EUR bereitgestellt werden, die auch zur Unternehmensgründung genutzt werden können. Das EP und der Rat müssen dem Kommissionsvorschlag noch zustimmen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_24_1183

G e s u n d h e i t u n d V e r b r a u c h e r s c h u t z

Kommission; Konsultation zu Pestizidrückständen auf Lebensmitteln

Die Kommission hat am 22.02.2024 eine Konsultation zur Änderung des Anhangs 1 der Verordnung über die Höchstgehalte an Pestizidrückständen in oder auf Lebens- und Futtermitteln pflanzlichen und tierischen Ursprungs gestartet. Rückmeldungen zu dem Änderungsvorschlag können noch bis einschließlich 21.03.2024 abgegeben werden.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14169-Amendment-of-the-Annex-relating-to-the-food-commodities-to-which-MRLs-apply_de

Kommission; Zalando verpflichtet sich zur Einhaltung der EU-Transparenzregeln

Nach einem Dialog mit der Kommission und den nationalen Verbraucherschutzbehörden hat sich Zalando verpflichtet, irreführende Nachhaltigkeitskennzeichen und -symbole zu entfernen, die neben den auf seiner Plattform angebotenen Produkten angezeigt werden. Solche Angaben können Verbraucherinnen und Verbraucher über die Umwelteigenschaften der Produkte irreführen. Ab dem 15.04.2024 werden die Symbole nicht mehr erscheinen. Stattdessen wird Zalando klare Informationen über die Umweltvorteile von Produkten, etwa über den Prozentsatz der verwendeten recycelten Materialien, bereitstellen. Im nächsten Schritt wird Zalando einen Bericht über die Umsetzung der Verpflichtungen vorlegen. Auf der Grundlage dieses Berichts wird das Netz für die Zusammenarbeit im Verbraucherschutz (CPC-Netz) bewerten, wie Zalando die Verpflichtungen umgesetzt hat, und erforderlichenfalls die Einhaltung durchsetzen, indem es z. B. Geldbußen verhängt oder Inhalte entfernt.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_24_948

EuGH; Urteil zu Rückerstattungen bei Reiserücktritt aufgrund unvermeidlicher außergewöhnlicher Umstände

Der EuGH hat mit Urteil vom 29.02.2024 in der Rechtssache C-584/22 entschieden, dass bei Reiserücktritt von einer Pauschalreise aufgrund unvermeidbarer außergewöhnlicher Umstände nur die Situation zu berücksichtigen ist, die zum Zeitpunkt bestand, zu dem der Reisende vom Reisevertrag zurückgetreten ist. Die Klage richtete sich gegen einen Reiseveranstalter, der eine Stornogebühr für einen Reiserücktritt nach Ausbruch der Corona-Pandemie jedoch vor Eintritt eines Einreiseverbotes in dem Zielland erhoben hat. Die Erhebung der Stornogebühr war nach Auffassung des EuGH begründet, weil zum Zeitpunkt des Reiserücktritts kein Einreiseverbot vorlag, welches einen kostenlosen Rücktritt ermöglicht hätte. Begründet wird die Entscheidung u.a. damit, dass eine andere Auslegung zu einer fortdauernden Unsicherheit bis zum geplanten Reiseantritt führen würde.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=283289&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=6216702>

Kommission; Tinder verpflichtet sich zu klaren Informationen über personalisierte Preise

Nach einem Dialog mit der Kommission und den nationalen Verbraucherschutzbehörden hat sich Tinder verpflichtet, die Verbraucherinnen und Verbraucher künftig über die Personalisierung von Preisnachlässen zu informieren. Verbraucherschutzbehörden hatten, u. a. durch eine Studie des schwedischen Verbraucherverbandes, im Vorfeld festgestellt, dass Tinder über automatisierte Verfahren Preisnachlässe in personalisierter Form anbot, ohne dabei die Verbraucherinnen und Verbraucher darüber zu informieren. Dieses Vorgehen verstößt gegen die EU-Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken (2005/29/EG) sowie gegen die EU-Richtlinie über die Rechte der Verbraucher (2011/83/EU). Im Anschluss an den im Juli 2022 begonnenen Dialog sagte Tinder zu, bis Mitte April 2024 die Verbraucherinnen und Verbraucher klar darüber zu informieren, dass und aus welchen Gründen ihnen personalisierte Preise angeboten und welche automatisierten Verfahren dazu genutzt werden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_24_1344

Kommission; Investitionen in strategische Umwelt- und Klimaprojekte in ganz Europa

Am 22.02.2024 hat die Kommission im Rahmen des LIFE-Programms über 233 Mio. EUR in zwölf neue strategische Leuchtturmprojekte in den Mitgliedstaaten (MS) BUL, FIN, FRA, IRL, ITL, LIT, AUT, POL, ESP und CZR investiert. Das LIFE-Programm ist das Finanzierungsinstrument der EU für die Umwelt- und Klimapolitik. Mit den Projekten, die sich in strategische Naturschutzprojekte (SNAPs) und strategisch integrierte Projekte (SIPs) unterteilen, sollen u. a. Meeresökosysteme besser geschützt, Luft- und Wasserqualität verbessert, Biodiversität erhalten sowie Emissionen in Europa verringert werden. Die Projekte sollen u. a. die EU-Biodiversitätsstrategie sowie die EU-Strategie für die Anpassung an den Klimawandel unterstützen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_24_949

Kommission; Konsultation zur Aktualisierung der Vorschriften zum Zugang zu Umweltinformationen und Geodaten

Die Kommission erwägt einen Legislativvorschlag zur Aktualisierung des Zugangs zu Umweltinformationen und umweltbezogenen Geodaten und hat hierzu am 26.02.2024 Sondierungen eingeleitet. Die Initiative „GreenData4All“ soll dazu beitragen, den ökologischen und digitalen Wandel in Europa voranzubringen, indem die EU-Vorschriften über umweltbezogene Geodaten und den Zugang der Öffentlichkeit zu Umweltinformationen aktualisiert werden. Ziel ist es, einen intensiveren Datenaustausch zwischen öffentlichem und privatem Sektor sowie mit der Öffentlichkeit zu ermöglichen und die Vorteile des Datenaustauschs für datengesteuerte Innovationen und faktengestützte Entscheidungen umfassend zu nutzen. Die Konsultation endet am 25.03.2024.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13170-GreenData4All-aktualisierte-Vorschriften-uber-umweltbezogene-Geodaten-und-den-Zugang-zu-Umweltinformationen_de

EP; Verordnung zur Wiederherstellung von Habitaten verabschiedet

Das EP hat am 27.02.2024 die zuvor mit dem Rat erzielte Einigung über die Verordnung zur Wiederherstellung natürlicher Lebensräume gebilligt. Davon betroffen sind auf den Landflächen u.a. Wälder, Wiesen, Feuchtgebiete, Moore, Flüsse und Seen. Die Verordnung verpflichtet die Mitgliedstaaten (MS) nach Inkrafttreten zu einer gestaffelten Wiederherstellung eines guten natürlichen Zustandes. Bis 2030 sollen 30%, bis 2040 60% und bis 2050 schließlich 90% der Habitats, die sich in einem schlechten Zustand befinden, auf Grundlage von nationalen Wiederherstellungsplänen renaturiert werden. Natura 2000 Gebieten wird dabei zunächst Priorität eingeräumt. Um die biologische Vielfalt von landwirtschaftlichen Ökosystemen zu verbessern, müssen darüber hinaus Fortschritte in bestimmten Kategorien, wie z.B. dem Schmetterlingsindex oder dem organischen Kohlenstoffanteil in Böden gemacht werden. Die Zielvorgaben für landwirtschaftliche Ökosysteme können unter außergewöhnlichen Umständen ausgesetzt werden, wenn Maßnahmen etwa die ausreichende Lebensmittelproduktion gefährden würden. Weiterhin enthält die Verordnung Vorgaben zur Wiederherstellung entwässerter Torfgebiete, zur Sicherung städtischer Grünflächen und Baumkronen sowie das Ziel zur Pflanzung von drei Mrd. Bäumen in der EU. Die Verordnung muss vor Inkrafttreten noch vom Rat verabschiedet werden.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20240223IPR18078/parlament-ja-zur-renaturierung-von-20-der-land-und-meeresflachen-der-eu>

EP; Abstimmung über Regeln für die Abfallverbringung

Am 27.02.2024 hat das EP die mit dem Rat erzielte Einigung zur Überarbeitung des gesetzlichen Rahmens zur Abfallverbringung gebilligt. Die neuen Regelungen verbieten die Ausfuhr von Kunststoffabfällen in Länder, die nicht der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) angehören. Die Verbringung von Abfällen zur Entsorgung in andere EU-Länder wird nur noch in Ausnahmefällen erlaubt. Zusätzlich soll der Datenaustausch und die Zusammenarbeit zwischen den EU-Ländern verbessert werden, um illegale Verbringungen effizienter verfolgen zu können.

<https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20240223IPR18069/waste-shipments-meps-adopt-tougher-eu-rules>

EP; Rat; Vorläufige Einigung auf neue Regeln für Verpackungen

Am 04.03.2024 haben sich das EP und der Rat auf neue Regeln für Verpackungen und Verpackungsabfälle geeinigt. Inhaltlich wurden dabei die wesentlichen Maßnahmenvorschläge der Kommission akzeptiert. Ziele der Verordnung sind die Verringerung von Verpackungsabfall bis 2030 um 5%, bis 2035 um 10% und bis 2040 um 15% sowie die Verbesserung der Recyclingfähigkeit von Verpackungen. Außerdem werden Vorgaben zum Mindestanteil recycelter Materialien in Kunststoffverpackungen gemacht. Die Regeln sollen zudem einen Beitrag zur stärkeren Harmonisierung des Marktes für Verpackungen im Rahmen der Kreislaufwirtschaft leisten. Verpackungen sollen künftig vollständig wiederverwertbar sein. Bestimmte Plastikverpackungen, die diesem Anspruch nicht nachkommen, werden ab dem 01.01.2030 verboten sein. Weiterhin wird die Verordnung ein unmittelbares Verbot von Lebensmittelkontaktmaterialien erwirken, die per- und polyfluorierte Alkylverbindungen (PFAS), sogenannte „Ewigkeitschemikalien“, enthalten. Das EP und der Rat müssen nun die Verordnung formal verabschieden, damit sie in Kraft treten kann.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/03/04/packaging-council-and-parliament-strike-a-deal-to-make-packaging-more-sustainable-and-reduce-packaging-waste-in-the-eu/>

Rat; Änderungen an der Richtlinie über Elektro- und Elektronik-Altgeräte

Am 04.03.2024 hat der Rat Änderungen an der Richtlinie über Elektro- und Elektronik-Altgeräte angenommen und damit das Änderungsverfahren abgeschlossen. Vorausgegangen war ein Urteil des EuGH über die partielle Ungültigkeit rückwirkender erweiterter Verantwortungszuschreibung für Produzenten von Abfall, der durch Photovoltaikmodule entstand und entsteht. Die Änderungen sollen zwei Aspekte der Richtlinie klarstellen: Erstens liegen die Kosten für die Entsorgung von Abfall von Photovoltaikmodulen bei den Produzenten, zweitens gilt die Produzentenverantwortlichkeit für Elektro- und Elektronik-Produkte, welche 2018 zum Geltungsbereich der Richtlinie hinzugefügt wurden, für selbige Produkte, die nach 2018 auf den Markt gebracht wurden.

https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/03/04/e-waste-council-adopts-amendments-to-clarify-who-pays-for-management-costs/?utm_source=dsms-auto&utm_medium=email&utm_campaign=E-waste:+Council+adopts+amendments+to+clarify+who+pays+for+management+costs

EuG; Zulassung von Pflanzenschutzmitteln

Das EuG entschied am 21.02.2024 in der Rechtssache T-536/22 zur weiteren Genehmigung des Pflanzenschutzmittels Cypermethrin, dass die Ermittlung gewisser Risiken, die mit der Verwendung von Insektiziden verbunden sind, nicht die Verlängerung der Genehmigung eines Wirkstoffs ausschliesse. Die Kommission als Risikomanagerin könne Maßnahmen zur Risikominderung vorschreiben, um die Risiken auf ein hinnehmbares Maß zu verringern. Zuvor hatte die Organisation PAN-Europe die Nichtigkeitsklage der Genehmigungsverlängerung beantragt. Zur Begründung ihrer Klage beruft sie sich auf einen Verstoß gegen das Vorsorgeprinzip und gegen die Verpflichtung der EU, ein hohes Schutzniveau für die menschliche Gesundheit und die Umwelt zu gewährleisten. Sie macht u. a. geltend, dass die Kommission die Zulassung von Cypermethrin nicht hätte erneuern dürfen, da die EFSA bestimmte kritische Bereiche in Bezug auf Cypermethrin festgestellt habe. In diesem Zusammenhang habe die Kommission keinen Ermessensspielraum mehr und könne sich in dieser Hinsicht nicht auf ihre Rolle als Risikomanagerin berufen. Dem widersprach das Gericht mit seinem Urteil.

<https://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=T-536/22>

Rat; Aktualisierte Fischereimaßnahmen im Atlantik

Der Rat hat am 26.02.2024 eine Verordnung, mit der bestimmte Bewirtschaftungs-, Erhaltungs- und Kontrollmaßnahmen im Übereinkommensbereich der Internationalen Kommission für die Erhaltung der Thunfischbestände im Atlantik (ICCAT) in EU-Recht umgesetzt werden, förmlich angenommen. Gleichzeitig wird der mehrjährige Bewirtschaftungsplan für Roten Thun im Ostatlantik und im Mittelmeer aktualisiert. Damit werden Empfehlungen der ICAAT in EU-Recht umgesetzt. Die Vorschriften betreffen u.a. Kapazitätsbeschränkungen und Meldepflichten beim tropischen Thunfisch, die Erstellung von jährlichen Überwachungs-, Kontroll- und Inspektionsplänen bei Rotem Thun und die Genehmigung und Berichterstattung sowie die Freizeitfischerei bei Weißem Thun.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/02/26/updated-fisheries-measures-in-the-iccat-area-council-gives-final-green-light/>

Rat; Tagung des Rates „Landwirtschaft und Fischerei“

Der Rat „Landwirtschaft und Fischerei“ tagte am 26.02.2024 in Brüssel. Es fand eine Aussprache zur aktuellen Situation in der Landwirtschaft statt, auch vor dem Hintergrund der anhaltenden Proteste in diesem Sektor. Es fand ein Austausch darüber statt, wie man mit kurz-, mittel- und langfristigen Maßnahmen auf die Bedenken der Landwirtinnen und Landwirte eingehen kann. Der Rat stützte sich bei seinen Erörterungen auf Vorschläge der Mitgliedstaaten (MS) sowie auf ein von der Kommission übermitteltes Dokument mit Vereinfachungsmaßnahmen, um den Sektor zu entlasten. Dabei wurden die bereits von der Kommission ergriffenen Maßnahmen u.a. im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) begrüßt, genauso wie die angekündigte Konsultation der Landwirtinnen und Landwirte zur Verringerung des Verwaltungsaufwandes. Neben diesen kurzfristigen Maßnahmen betonten die Ministerinnen und Minister, dass auch ein langfristiger Ansatz erforderlich sei. Der Rat bestand daher darauf, zu prüfen, wie die Lage der Landwirtinnen und Landwirte mittel- bis langfristig verbessert werden kann. Dies gilt auch für ihre Position in der Lebensmittelkette.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/agrifish/2024/02/26/>

EP; Schutz landwirtschaftlicher Qualitätserzeugnisse

Das EP hat am 28.02.2024 den Weg zur Reform von Vorschriften zum Schutz von geografischen Angaben für Wein, Spirituosen und landwirtschaftlichen Erzeugnissen freigegeben. Die Regelungen sollen den Erzeugern landwirtschaftlicher Qualitätsprodukte mehr Befugnisse einräumen und das Verfahren zur Eintragung geografischer Angaben (g.A.) vereinfachen. Dies soll durch ein vereinfachtes Registrierungsverfahren für neue g.A. sowie eine sechsmonatige Frist zur Prüfung von Anträgen realisiert werden. Weiterhin soll die illegale Verwendung von g.A. sowohl offline als auch online verhindert und die Regeln für die Verwendung von g.A. als Zutat in einem verarbeiteten Produkt verschärft werden. Erzeugernamen sowie g.A. sollen künftig gemeinsam auf der Verpackung angegeben werden.

<https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20240223IPR18089/meps-improve-eu-protection-for-quality-agricultural-products>

EP; Rat; Einigung zur Überarbeitung der Verordnung zur Pflanzengesundheit

Am 05.03.2024 haben sich das EP und der Rat auf die Änderung der Pflanzengesundheitsverordnung geeinigt. Anwendung und Durchsetzung der Verordnung sollen dadurch harmonisiert und verbessert werden. Die Prozesse zur Erkennung und Kategorisierung von Hoch-Risiko-Pflanzen sowie die Identifizierung von Quarantäneschädlingen sollen optimiert werden. Zudem sollen die Berichtspflichten vereinfacht werden, vor allem durch Digitalisierung. Weiterhin ergänzt wurde das Konzept eines Notfallteams zur Pflanzengesundheit, welches von der Kommission, basierend auf Vorschlägen der Mitgliedstaaten (MS), ernannt werden und bei Schädlingsausbrüchen beratend tätig sein soll.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/03/05/plant-health-law-council-and-parliament-strike-deal-to-simplify-and-strengthen-current-rules/>

Kommission; Konsultation zum Tiergesundheitsrecht

Die Kommission am 06.03.2024 eine Sondierung zur Überarbeitung des Tiergesundheitsrechts, das Vorschriften zu Tierseuchen festlegt, eröffnet. Die Konsultation dient der Unterstützung der Kommission bei der Bewertung von Relevanz, Angemessenheit und der langfristigen Tragfähigkeit der Regelungen sowie der Auswirkungen auf den Handel mit Ländern außerhalb der EU. Teil der Bewertung wird es auch sein, ob die geltenden Vorschriften weiterhin für ihren Zweck geeignet sind. Die Frist für Rückmeldungen endet am 03.04.2024. Beiträge werden veröffentlicht und sollen in den weiteren Bewertungsprozess der Kommission einfließen.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14036-Tiergesundheitsrecht-Bewertung_de

Kommission; Konsultation zur Einfuhr von Agrarerzeugnissen

Die Kommission hat am 06.03.2024 eine Sondierung zur Änderung der Verordnung über amtliche Kontrollen im Bereich des Lebens- und Futtermittelrechts, der Tiergesundheit und des Tierschutzes sowie der Pflanzengesundheit und Pflanzenschutzmitteln (Verordnung (EU) 2017/625) eröffnet. Mit der Initiative sollen Bedingungen festgelegt werden, unter denen die zuständigen Behörden von Unternehmern verlangen können, die Ankunft von Sendungen bestimmter Waren aus Nicht-EU-Ländern, die in die EU verbracht werden, zu melden. Die Frist für Rückmeldungen endet am 03.04.2024. Die Beiträge werden veröffentlicht und sollen in den weiteren Entscheidungsprozess der Kommission einfließen.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13842-Einfuhren-von-Agrarerzeugnissen-und-Lebensmitteln-Sendungen-fur-die-eine-Meldung-der-Ankunft-in-der-EU-erforderlich-ist_de

Kommission; Online-Umfrage zur Reduzierung des Verwaltungsaufwandes für Landwirte

Die Kommission führt in der Zeit vom 07.03.2024 bis 08.04.2024 eine Online-Umfrage unter Landwirtinnen und Landwirten hinsichtlich des Verwaltungsaufwandes und der Komplexität von Regelungen im Bereich der Landwirtschaft durch. Ziel dieser Umfrage ist es zu verstehen, inwieweit die Verfahren und Vorschriften im Zusammenhang mit der finanziellen Unterstützung im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) und anderen EU-Vorschriften für Lebensmittel und Landwirtschaft in der EU eine Belastung für die Landwirtinnen und Landwirte darstellen. Die Umfrage gehört zu den von der Kommission angekündigten kurzfristigen Maßnahmen zur Verringerung des Verwaltungsaufwands in dem Sektor. Die Ergebnisse der Umfrage werden in eine Analyse einfließen und veröffentlicht.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP_24_1341

J u s t i z

EuG; Urteil zur Nichtigerklärung eines eingetragenen Gemeinschaftsgeschmacksmusters (Puma / EUIPO – Handelsmaatschappij J. Van Hilst)

Das Gericht der EU (EuG) hat mit Urteil vom 06.03.2024 in der Rechtssache T-647/22 eine von der Puma SE gegen das Amt der Europäischen Union für Geistiges Eigentum (EUIPO) erhobene Klage abgewiesen. Diese richtete sich dagegen, dass das EUIPO am 11.08.2022 ein im Jahre 2016 zu Gunsten der Puma SE eingetragenes Gemeinschaftsgeschmacksmuster für Turnschuhe für nichtig erklärt hatte. Den Antrag darauf hatte ein niederländisches Unternehmen gestellt, welches ebenfalls mit Schuhen handelt. Es hatte Fotos vorgelegt, auf welchen der international bekannte Popstar Rihanna im Dezember 2014 anlässlich seiner Ernennung zur Kreativdirektorin der Puma SE mit Schuhen zu sehen war, die ein älteres Geschmacksmuster mit den gleichen Merkmalen wie das eingetragene Geschmacksmuster aufgewiesen hatten. Nach Auffassung des EUIPO sei damit das ältere Geschmacksmuster mehr als zwölf Monate vor Einreichung der Anmeldung offenbart worden, was die Nichtigerklärung des eingetragenen Geschmacksmusters rechtfertige. Das EuG bestätigt die Beurteilung des EUIPO, wonach diese Fotos für den Nachweis einer Offenbarung des älteren Geschmacksmusters ausreichen, und dass die Fachkreise des betreffenden Wirtschaftszweigs Kenntnis von dieser Offenbarung haben konnten. Hierzu stellt das EuG fest, dass auf den im Dezember 2014 verbreiteten Fotos alle wesentlichen Merkmale des älteren Geschmacksmusters mit bloßem Auge oder mithilfe einer Vergrößerung dieser Fotos erkennbar sind. Das EUIPO hat nach Ansicht des EuG zu Recht angenommen, dass das ältere Geschmacksmuster im Dezember 2014 offenbart worden war, so dass das angemeldete Geschmacksmuster für nichtig erklärt werden konnte.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=283501&pageIndex=0&doclang=EN&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=6738023>

EuGH; Schlussanträge zum Verkauf einer Datenbank

Am 22.02.2024 legte der Generalanwalt Priit Pikamäe seine Schlussanträge in der Rechtssache C-693/22 vor. Nach Ansicht des Generalanwaltes kann eine Datenbank mit personenbezogenen Daten unter bestimmten Voraussetzungen im Rahmen eines Zwangsvollstreckungsverfahrens verkauft werden, auch wenn die von diesen Daten betroffenen Personen dem nicht zugestimmt haben. Seiner Ansicht nach fallen die von dem Gerichtsvollzieher zur Schätzung des Werts der betreffenden Datenbanken und zu ihrer Versteigerung vorgenommenen Handlungen in den Anwendungsbereich der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO). Zudem meint der Generalanwalt, dass der Gerichtsvollzieher als der für diese Verarbeitung Verantwortliche eingestuft werden müsse. Außerdem vertritt der Generalanwalt den Standpunkt, dass die in Rede stehende Verarbeitung rechtmäßig sei, wenn sie für die Wahrnehmung einer dem Gerichtsvollzieher übertragenen Aufgabe, die in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolge, erforderlich sei. Schließlich stellt der Generalanwalt fest, dass sich der Zweck der von dem Gerichtsvollzieher vorgenommenen Verarbeitung von dem ursprünglichen Zweck unterscheidet, der darin bestand habe, die Nutzung der in Rede stehenden Online-Plattform zu ermöglichen. Damit diese weitere Verarbeitung als mit der DSGVO vereinbar angesehen werden könne, müsse sie eine in einer demokratischen Gesellschaft notwendige und verhältnismäßige Maßnahme zur Erreichung eines der mit dieser Verordnung verfolgten Ziele im öffentlichen Interesse darstellen.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=283064&pageIndex=0&doclang=EN&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=6486299>

Rat; Grünes Licht für verbesserten polizeilichen Datenaustausch

Am 26.02.2024 hat der Rat eine Verordnung über den automatisierten Abruf und Austausch von Daten im Rahmen der polizeilichen Zusammenarbeit (sog. Prüm II) angenommen. Am 08.02.2024 nahm bereits das EP die aktualisierte Verordnung an. Der Verordnungsentwurf sieht vor, den automatisierten Datenaustausch auf weitere Datenkategorien auszuweiten. Sobald der aktualisierte Rechtsakt in Kraft tritt, können die Polizeibehörden das sog. Prüm-System auch für die Suche nach Gesichtsbilddaten und Kriminalakten nutzen. Sofern dies nach nationalem Recht zulässig ist, werden außerdem auch kategorienübergreifende Suchvorgänge möglich sein, um nach Vermissten zu suchen oder menschliche Überreste zu identifizieren. Zu den weiteren Neuerungen gehört, dass Europol nun auch nationale Datenbanken abfragen kann, um Informationen, die es von Drittländern erhalten hat, abzugleichen und dass eine modernisierte IT-Infrastruktur eingerichtet wird.

https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/02/26/police-cooperation-council-gives-green-light-to-better-data-exchanges-between-police-authorities/?utm_source=dsms-auto&utm_medium=email&utm_campaign=Police+cooperation:+Council+gives+green+light+to+better+data+exchanges+between+police+authorities

EP; Neue Transparenzregeln für politische Werbung

Das EP hat am 27.02.2024 neue Regeln für die Transparenz und die Ausrichtung politischer Werbung angenommen, die Kampagnen für nationale Wahlen und für Referenden transparenter und widerstandsfähiger gegen Einmischung machen sollen. Die neuen Vorschriften regeln die politische Werbung, insbesondere die Online-Werbung, und schaffen gleichzeitig einen Rahmen, der den Wahlkampf für politische Akteure EU-weit erleichtern soll. Nach den neuen Vorschriften muss politische Werbung klar gekennzeichnet werden. Bürgerinnen und Bürger, Behörden und Medienschaffende sollen mühelos erkennen können, warum sie angesprochen

werden, wer die Werbung finanziert hat, wie viel dafür bezahlt wurde und auf welche Wahlen oder Referenden sie sich bezieht. Alle politischen Online-Anzeigen und die damit verbundenen Informationen sollen in einem öffentlichen Online-Archiv verfügbar sein. Um die Einflussnahme aus dem Ausland auf die demokratischen Prozesse in Europa zu begrenzen, wird das Sponsoring von Werbung aus Ländern außerhalb der EU in den drei Monaten vor einer Wahl oder einem Referendum verboten sein. Die formelle Annahme des Textes durch den Rat steht noch aus.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20240223IPR18071/parlament-beschliesst-neue-transparenzregeln-fur-politische-werbung>

Kommission; 171 Mio. EUR humanitäre Hilfe für die Region am Horn von Afrika

Wie die Kommission am 27.02.2024 bekanntgab, stellt die EU Mittel in Höhe von 171 Mio. EUR an humanitärer Hilfe für die Region am Horn von Afrika zur Verfügung. Diese Mittel werden zusätzlich zu den bereits für den Sudan angekündigten 72 Mio. EUR bereitgestellt. Mit den Mitteln werden humanitäre Projekte in Dschibuti (500.000 EUR), Äthiopien (38 Mio. EUR), Kenia (11,5 Mio. EUR), Somalia (37 Mio. EUR), Südsudan (49,5 Mio. EUR) und Uganda (27,5 Mio. EUR) unterstützt. Weitere 7 Mio. EUR werden für Katastrophenvorsorgeprogramme in der gesamten Region bereitgestellt. Nach Angaben der Kommission sind in der gesamten Region schätzungsweise rund 65 Mio. Menschen unmittelbar auf Hilfe angewiesen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_24_1031

EUAA; EU erhielt im Jahr 2023 über 1,1 Mio. Asylanträge

Wie die Asylagentur der EU (EUAA) am 28.02.2024 bekannt gab, wurden in den EU-plus-Staaten im vergangenen Jahr 1,14 Mio. Anträge auf internationalen Schutz gestellt. Dies entspricht dem höchsten Wert der vergangenen 7 Jahre und liegt rund 18% über den im Jahr 2022 gestellten Anträgen. In absoluten Zahlen habe DEU erneut mit Abstand die meisten Anträge erhalten (334.000). Im Verhältnis zur Bevölkerungszahl des Landes stand CYP (12.000 Anträge) am stärksten unter Druck. Die meisten Asylanträge seien von Menschen aus Syrien (181.000) und Afghanistan (114.000) gestellt worden. Während die Anzahl der Anträge von Syrern und Syrern um 38% im Vergleich zum Jahr 2022 angestiegen sei, war die Zahl der Asylanträge von Menschen aus Afghanistan im vergangenen Jahr rückläufig (- 11% im Vergleich zum Jahr 2022).

<https://euaa.europa.eu/news-events/eu-received-over-1-million-asylum-applications-2023>

Rat; Neuer EU-Koordinator für die Terrorismusbekämpfung ernannt

Wie der Rat am 28.02.2024 bekanntgab, wurde Bartjan Wegter zum neuen EU-Koordinator für die Terrorismusbekämpfung ernannt. Die fünfjährige Amtszeit des niederländischen Diplomaten wird am 01.03.2024 beginnen. Er tritt damit die Nachfolge von Ilka Salmi an, der das Amt seit Oktober 2021 innehatte. Wegter war bis zu seiner Ernennung zum EU-Koordinator für die Terrorismusbekämpfung als Gesandter in der Ständigen Vertretung des Königreichs der Niederlande bei der NATO tätig. Nach seinen Studien an der Universität Leiden und dem Europakolleg bekleidete Bartjan Wegter im Verlauf einer 25-jährigen diplomatischen Laufbahn verschiedene Ämter im Bereich der multilateralen Beziehungen und der Sicherheit. Der EU-Koordinator für die Terrorismusbekämpfung ist für die Koordinierung der Terrorismusbekämpfung innerhalb der EU, die Sicherstellung der Umsetzung und Evaluierung der EU-Strategie zur Terrorismusbekämpfung, die Einbindung der internen und externen Aspekte der Terrorismusbekämpfung und die Verbesserung der Kommunikation zwischen der EU und Drittländern zuständig.

https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/02/28/bartjan-wegter-to-become-the-new-eu-counter-terrorism-coordinator/?utm_source=dsms-auto&utm_medium=email&utm_campaign=Bartjan+Wegter+to+become+the+new+EU+Counter-Terrorism+Coordinator

Frontex; Bericht: Ausreichender Schutz von Migranten nicht möglich

Wie aus einem am 28.02.2024 veröffentlichten Bericht der EU-Ombudsfrau Emily O'Reilly vom 01.12.2023 hervorgeht, könne die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) nicht für einen ausreichenden Schutz von Migranten im Mittelmeer sorgen. Die Behörde sei „nicht in der Lage, ihre grundlegenden Menschenrechtsverpflichtungen“ zu erfüllen. Die Untersuchung war im vergangenen Jahr nach einem Schiffsunglück mit mehr als 600 Toten vor der griechischen Küste eingeleitet worden. Frontex habe „die Pflicht, Leben auf See zu retten“, betonte O'Reilly. In der Praxis fehlten der EU-Grenzagentur jedoch die Befugnisse, um im Notfall einzugreifen. Die Frontex-Beamten seien in ihrer Arbeit zu stark von nationalen, in dem untersuchten Fall von griechischen und italienischen, Behörden abhängig, heißt es in dem Bericht weiter.

<https://www.ombudsman.europa.eu/de/press-release/de/182676>

https://www.fnrw.de/fileadmin/fnrw/media/downloads/Themen_a-Z/EU-Migration/Pylos_Frontex_Incident_Report.pdf

EuGH; Nachträglicher Religionswechsel kann Verfolgungsgrund sein

Am 29.02.2024 hat der EuGH sein Urteil in der Rechtssache C-222/22 verkündet. Darin hat er entschieden, dass nicht jeder Folgeantrag, der auf Umständen beruht, die der Antragsteller nach Verlassen des Herkunftslandes selbst geschaffen hat, den Schluss darauf zulässt, dass eine Missbrauchsabsicht hinsichtlich des Verfahrens für die Zuerkennung internationalen Schutzes besteht. In dem vom österreichischen Verwaltungsgerichtshof (VGH) vorgelegten Vorabentscheidungsersuchen ging es um einen iranischen Staatsangehörigen, der nach einem Konfessionswechsel in AUT einen Folgeantrag stellte. Die österreichischen Behörden verweigerten aber die Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft. Das österreichische Recht macht die Zuerkennung davon abhängig, dass der von dem Betroffenen selbst geschaffene neue Umstand Ausdruck und Fortsetzung einer bereits im Herkunftsland bestehenden Überzeugung ist. Dem VGH lag die Frage vor, ob diese Voraussetzung mit Art. 5 Abs. 3 der Richtlinie 2011/95/EU vereinbar sei, was der EuGH nun verneint hat. Die Richtlinie ermögliche es den Mitgliedstaaten (MS), die Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft abzulehnen, wenn die durch den Antragsteller neu geschaffenen Umstände von einer Missbrauchsabsicht zeugen. Es müsse aber jeder Folgeantrag individuell geprüft werden. Kann der Betroffene glaubhaft machen, dass er aus innerer Überzeugung konvertiert sei und die Religion aktiv lebe, schließe dies eine Missbrauchsabsicht aus, so der EuGH.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=283282&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=5584087>

Kommission; Neue Fazilität zur Stärkung der Katastrophenschutzkapazitäten in Europa

Wie die Kommission am 29.02.2024 bekanntgab, schaffen die EU und die Weltbank eine neue Fazilität zur Stärkung der Katastrophenschutzkapazitäten in Europa. Mit einer anfänglichen Finanzierung in Höhe von 6 Mio. EUR im Jahr 2024 soll die EU die Katastrophenschutzbehörden der Mitgliedstaaten (MS), der Teilnehmerstaaten des EU-Katastrophenschutzverfahrens sowie Georgiens und des Kosovo bei der Stärkung ihrer Fähigkeit, die Ziele für Katastrophenresilienz zu erreichen, unterstützen. Das neue Instrument zur finanziellen Unterstützung der nationalen

Katastrophenschutzbehörden soll zunächst für eine dreijährige Pilotphase eingeführt werden. Die Fazilität zur Finanzierung technischer Hilfe für Katastrophenprävention und -vorsorge soll Projekte, Studien und Schulungen zur Katastrophen- und Klimaresilienz unterstützen und den Wissensaustausch zwischen Ländern über das Katastrophenrisikomanagement fördern.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_24_1184

Rat; EP; Einigung zu neuen Vorgaben bezüglich Fluggastdaten

Rat und EP haben sich am 01.03.2024 vorläufig auf die Schaffung neuer Vorschriften für die Erhebung von Fluggastdaten geeinigt (sog. Prüm II). Damit soll künftig Schwerkriminalität und Terror bei Flugreisen effektiver bekämpft werden. Die Erfassung und Weitergabe von vorab ermittelten, erweiterten Passagierdaten (API-Daten) soll damit reformiert und EU-weit einheitlich vorgeschrieben werden. Luftfahrtunternehmen sollen verpflichtet werden, Fluggastdaten systematisch zu erfassen und an die zuständigen Behörden weiterzugeben. Die Vorschriften sollen zu Zwecken des Grenzschutzes für Flüge, die aus einem Drittland in einem EU-Land Ankommen, und zu Zwecken der Strafverfolgung ebenso auch für Flüge, die aus einem EU-Land abfliegen, gelten. Zu den erfassten Daten sollen Namen, Geburtsdatum, Staatsangehörigkeit, Passdaten und Flugdaten gehören. Biometrische Daten sollen von der Erhebung ausgenommen werden. Außerdem soll die Vorratsdatenspeicherung grundsätzlich auf 48 Stunden begrenzt werden. Das Erstellen bestimmter Personenprofile auf Grundlage der Fluggastdaten oder bestimmter daraus abgeleiteter Statistiken soll verboten werden. Rat und EP müssen die neuen Vorschriften noch formell bestätigen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_24_1262

Kommission; Auskunftersuchen nach dem Gesetz über digitale Dienste an Meta

Die Kommission hat Meta am 01.03.2024 förmlich ein Auskunftersuchen nach dem Gesetz über digitale Dienste (DSA) übermittelt. Die Kommission fordert Meta auf, weitere Informationen zum Abonnement für Ads-Optionen sowohl für Facebook als auch für Instagram zu übermitteln. Insbesondere soll Meta zusätzliche Informationen über die Maßnahmen bereitstellen, die es ergriffen hat, um seinen Verpflichtungen in Bezug auf Werbepraktiken von Facebook und Instagram, Empfehlungssysteme und Risikobewertungen im Zusammenhang mit der Einführung dieser Abonnementoption nachzukommen. Das Auskunftersuchen befasst sich auch mit mehreren Themen, die bereits in den früheren Auskunftersuchen enthalten waren, die Meta seit Oktober 2023 übermittelt wurden. Diese früheren Auskunftersuchen betrafen Themen wie terroristische Inhalte, Risikomanagement im Zusammenhang mit dem gesellschaftlichen Diskurs und Wahlprozessen sowie den Schutz Minderjähriger. Das vorliegende Auskunftersuchen baut auf den früheren Antworten von Meta auf und bittet um zusätzliche Informationen über die Methodik, die den Berichten von Meta über Risikobewertung und Risikominderungsmaßnahmen zugrunde liegt, den Schutz von Minderjährigen, Wahlen und manipulierte Medien. Das Auskunftersuchen fordert Meta ferner auf, Informationen über die Praxis des sogenannten Schattenverbots und die Einführung von Threads vorzulegen.

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/de/news/commission-sends-request-information-meta-under-digital-services-act-1>

Kommission; ROM und BUL verstärken Zusammenarbeit bei Grenz- und Migrationsmanagement

Am 01.03.2024 führte die Kommission gemeinsam mit ROM und BUL zwei Kooperationsrahmen im Bereich Grenz- und Migrationsmanagement ein. Die

Kooperationsrahmen bauen auf der erfolgreichen Durchführung der Pilotprojekte für beschleunigte Asyl- und Rückkehrverfahren auf, die die beiden Länder im März 2023 ins Leben gerufen haben und sollen den Übergang von Ad-hoc- zu dauerhaften Lösungen ermöglichen. Der Schwerpunkt soll hierbei insbesondere auf verstärkten Maßnahmen in den Bereichen Grenzmanagement, Asyl und Aufnahme, Rückkehrsystem und verstärkte polizeiliche Zusammenarbeit im Schengen-Raum sowie den Vorbereitungen für die Umsetzung des neuen Migrations- und Asylpakets in ROM und BUL liegen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_24_1283

EuGH; Urteil zu Übergangsregelungen für halbautomatische Waffen

Der EuGH hat am 05.03.2024 sein Urteil in der Rechtssache C-234/21 verkündet. Darin kommt er zu dem Ergebnis, dass es unionsrechtlich nicht zu beanstanden sei, wenn ein Mitgliedstaat (MS) vorsehe, dass Besitzer halbautomatischer Feuerwaffen, die für das Abfeuern von Platzpatronen umgebaut wurden, nach deren Verbot eine Übergangsregelung in Anspruch nehmen können, für den Fall dass eine solche Regelung für Besitzer halbautomatischer Waffen eingeführt wurde, mit denen echte Kugeln verschossen werden können. Das Ziel, die öffentliche Sicherheit der Unionsbürger zu gewährleisten, sei durch den Umstand, dass Besitzer von solchermaßen umgebauten Feuerwaffen ebenfalls in den Genuss der Aufrechterhaltung von bereits erteilten Genehmigungen kommen können, nicht beeinträchtigt. Die verfahrensgegenständliche belgische Bestimmung verstoße weder gegen das Eigentumsrecht noch gegen die Grundsätze der Gleichbehandlung, der Nichtdiskriminierung oder die Grundsätze des Vertrauensschutzes.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=283442&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=6487633>

EuGH; Urteil zu Schadensersatz bei einem Verstoß gegen Datenschutzregelungen

Der EuGH hat am 05.03.2024 sein Urteil in der Rechtsmittelsache C-755/21 P verkündet. Darin kommt er zu dem Ergebnis, dass Europol und der Mitgliedstaat(MS), in dem aufgrund einer widerrechtlichen Datenverarbeitung im Rahmen der Zusammenarbeit zwischen Europol und diesem MS ein Schaden eingetreten ist, für diesen Schaden gesamtschuldnerisch haften müssten. Die betroffene Person, die von Europol oder dem betreffenden MS vollständigen Ersatz ihres Schadens begehrt, müsse lediglich nachweisen, dass anlässlich der Zusammenarbeit zwischen diesen beiden Stellen eine widerrechtliche Datenverarbeitung vorgenommen wurde, durch die ihr ein Schaden entstanden ist. Es sei nicht erforderlich, dass sie darüber hinaus nachweist, welcher dieser Stellen die widerrechtliche Verarbeitung zuzurechnen ist. Dem Verfahren liegt die Ermittlungszusammenarbeit slowakischer Behörden und Europol in Folge der Ermordung des slowakischen Journalisten Ján Kuciak und von dessen Verlobter Martina Kušnírová zugrunde. In deren Folge kam es zur Veröffentlichung intimer Daten eines Verdächtigen, dem Rechtsmittelführer. Der EuGH stellt fest, dass diese widerrechtliche Verarbeitung der Daten das Recht dieses Rechtsmittelführers auf Achtung seines Privat- und Familienlebens sowie seiner Kommunikation verletzt und seine Ehre und sein Ansehen beeinträchtigt habe, wodurch ihm ein immaterieller Schaden entstanden sei. Der Gerichtshof spricht dem Rechtsmittelführer eine Entschädigung in Höhe von 2.000 EUR als Ersatz dieses Schadens zu.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=283444&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=6490832>

Rat; EP politische Einigung zum Cyber-Solidaritätsakt

Der Rat und das EP haben am 06.03.2024 eine politische Einigung zum Cyber-Solidaritätsakt erzielt. Der Cyber-Solidaritätsakt soll die Vorsorge, Aufdeckung und Reaktion auf Cybersicherheitsvorfälle in der gesamten EU verbessern. Er umfasst drei Maßnahmen: Erstens soll ein europäisches Cybersicherheitswarnsystem eingerichtet werden. Zweitens soll der Rechtsakt ein Mechanismus für Cybersicherheits-Notfälle schaffen und schließlich sieht der Vorschlag die Einrichtung eines europäischen Mechanismus zur Überprüfung von Vorfällen im Bereich der Cybersicherheit vor, mit dem erhebliche oder weitreichende Vorfälle nach deren Eintreten überprüft und bewertet werden sollen, um Empfehlungen zur Verbesserung der Cybersicherheitslage der EU zu geben.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/politische-einigung-der-eu-gesetzgeber-starkung-der-gemeinsamen-abwehr-von-cyber-bedrohungen-2024-03-06_de

EuGH; Versteigerung von personenbezogenen Daten für Werbezwecke: der Gerichtshof stellt die Regeln auf der Grundlage der DSGVO klar

Der EuGH hat am 07.03.2024 sein Urteil in der Rechtssache C-604/22 verkündet.

Gegenstand des Verfahrens war eine Softwareanwendung eines belgischen Wirtschaftsverbands, der die Interessen von Unternehmen aus den Bereichen des digitalen und interaktiven Marketings auf europäischer Ebene vertritt (IAB Europe). Mit der verfahrensgegenständlichen Softwareanwendung sollte eine Lösung für die Versteigerung von personenbezogenen Daten für Werbezwecke (sog. Real Time Bidding) und die anschließend notwendig einzuholende Zustimmung des Nutzers bereitgestellt werden. Mit seinem Urteil bestätigt der EuGH, dass der Anwendungsbereich der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) im vorliegenden Fall eröffnet ist. Darüber hinaus sei IAB Europe als „gemeinsam Verantwortlicher“ im Sinne der DSGVO anzusehen.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?jsessionid=37AF58975776E08175B162462C6F78E0?text=&docid=283529&pageIndex=0&doclang=de&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=297936>

Rat; EU-Innenminister einigen sich auf eine Empfehlung zur Umsetzung der bewährten Verfahren in Bezug auf die Fähigkeiten der Mitgliedstaaten bei der Bekämpfung des Drogenhandels

Die EU-Innenministerinnen und -minister sind am 04.03.2024 im Rahmen der JI-Ratsformation in Brüssel zusammengekommen. Ein zentrales Thema auf der Tagung der Innenministerinnen und -minister war die Bekämpfung des Drogenhandels und der organisierten Kriminalität. In diesem Zusammenhang einigte sich der Rat auf eine Empfehlung zur Umsetzung der bewährten Verfahren in Bezug auf die Fähigkeiten der Mitgliedstaaten bei der Bekämpfung des Drogenhandels. Daneben standen auf der Agenda des Ratstreffens der Sachstand und die Weiterentwicklung strategischer Partnerschaften mit Herkunfts- und Transitländern irregulärer Migration und die Bewältigung irregulärer Migration, die Verbreitung von Desinformation und Hass über das Internet, insbesondere im Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt, sowie die Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern im Internet.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/jha/2024/03/04-05/>

Kommission; Neue Migrationspartnerschaft mit Mauretanien

Die EU startete am 07.03.2024 eine Migrationspartnerschaft und einen Migrationsdialog mit Mauretanien. Die Kommissarin für Inneres Ylva Johansson unterzeichnete gemeinsam mit dem mauretanischen Minister für Inneres und Dezentralisierung Mohamed Ahmed Ould Mohamed Lemine eine Gemeinsame

Erklärung. Die vereinbarte Migrationspartnerschaft stützt sich auf fünf Säulen: Neue Beschäftigungschancen (Erhöhung der Berufsbildungschancen, Vereinfachung der Kapitalaufnahme für Unternehmen, Verbesserung der Qualifikationen junger Menschen, vor allem von Frauen), Schutz und Asyl (Unterstützung Mauretaniens bei der Aufnahme von Flüchtlingen), Förderung der legalen Migration (Unterstützung der Mobilität, insbesondere von Studierenden, Forschenden und Unternehmern), eine engere Zusammenarbeit zur Verhinderung der irregulären Migration (Bekämpfung von Schleuserkriminalität und Menschenhandel) und die Stärkung des Grenzmanagements.

https://europa.eu/newsroom/ecpc-failover/pdf/ip-24-1335_de.pdf

E U – F ö r d e r p r o g r a m m e

Kommission; Bekanntgabe der unterstützten Journalismus-Partnerschaften

Die Kommission hat am 23.02.2024 die Ergebnisse ihrer jährlichen Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen bekanntgegeben, um Partnerschaften zwischen europäischen Medien zu unterstützen. Ziel des Projekts ist es, die Widerstandsfähigkeit des Nachrichtenmediensektors und den Medienpluralismus zu stärken. Acht Konsortien von Medienorganisationen, die aus 74 Vorschlägen ausgewählt wurden, erhalten insgesamt fast 12 Mio. EUR. Sie werden ihre Aktivitäten in den nächsten zwei Jahren umsetzen. Die Preisträger kommen aus 17 Mitgliedstaaten und drei weiteren Ländern (Albanien, Bosnien und Herzegowina und Ukraine). Aus DEU ist die Thomson Foundation sowie das Europäische Zentrum für Presse- Und Medienfreiheit SCE Mbh beteiligt.

[Journalismus-Partnerschaften: Kommission unterstützt 8 Projekte mit 12 Millionen Euro - Europäische Kommission \(europa.eu\)](#)

V e r a n s t a l t u n g e n

Eintracht Frankfurt – Der Europäische Fußball im Wandel

Der Hessische Minister für Bundes- und Europangelegenheiten, Internationales und Entbürokratisierung Manfred Pentz und Eintracht Frankfurt luden am 14.02.2024 zur Vorführung des Films „In diesem Jahr – der Film“ und anschließendem Gespräch zu dem Thema: „Der europäische Fußball im Wandel“ in die Hessische Landesvertretung in Brüssel ein. Frau Staatssekretärin Karin Müller eröffnete die Veranstaltung. In ihrer Begrüßung betonte sie, die europäische Identität Hessens und der Stadt Frankfurt und ging auf sportpolitische Entwicklungen und aktuelle Geschehnisse im Bereich des europäischen Fußballs ein. Im Anschluss an die Vorführung des Films „In diesem Jahr – der Film“ sprachen Axel Hellmann, Vorstandssprecher der Eintracht Frankfurt Fußball AG, und Dr. Detlef Fechtner, Politischer Chefreporter der Börsen-Zeitung, zu dem Thema „Der europäische Fußball im Wandel“. Axel Hellmann betonte dabei seine Sorge vor einer möglichen Abkopplung einiger weniger besonders finanzkräftiger Fußballvereine von den nationalen Ligen, der es entgegen zu wirken gelte. In diesem Zusammenhang wies er auf die integrative Funktion hin, die Fußball habe und die grade von kleinen und mittelgroßen Vereinen ausgehe. Er stellte klar, dass Eintracht Frankfurt innerhalb der UEFA und der European Club Association (ECA) bleibe, forderte aber diese Vereinigungen auf, mehr für kleinere und mittelgroße Fußballmannschaften tun. Zum Ende des Gesprächs hatten Zuschauer die Möglichkeit, sich in das Gespräch einzubringen und Fragen zu stellen. Hieraus ergab sich ein Stimmungsbild, wonach die Äußerungen von Axel Hellmann zur Rolle mittlerer

und kleinerer Vereine und sich hieraus ergebender sportpolitischer Folgerungen durchweg positiv aufgenommen wurden.

Konferenz und Jahresempfang von EWLA (European Women Lawyers Association)

Am 04.03.2024 fanden in der Hessischen Landesvertretung in Brüssel die EWLA Konferenz und der EWLA Jahresempfang statt. Thema der Konferenz war vor allem die Gleichberechtigung mit dem Ziel einer „Union der Gleichheit“. Vizepräsidentin der Kommission und Kommissarin für Werte und Transparenz, Věra Jourová, ging bei der Konferenz unter anderem auf die Themen Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Medienfreiheitsgesetz, Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Gender Pay Gap ein. Als weiteres aktuelles Thema erwähnte sie den Schutz von Frauen im öffentlichen Leben. Beim Empfang sprach die stellvertretende Kabinettschefin von Kommissarin Jourová, Simona Constantin, über die Rechtsstaatlichkeit und das Art. 7-Verfahren.

Der ewige Antisemitismus und der Schutz jüdischen Lebens in Europa – Was tun?

Auf Einladung des Hessischen Ministers für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales und Entbürokratisierung Manfred Pentz, des Leibniz-Forschungsnetzwerks „Umweltkrisen – Krisenumwelten“ sowie des Forschungszentrums „Normative Ordnungen“ – Goethe Universität Frankfurt fand am 05.03.2024 in der Vertretung des Landes Hessen bei der EU in der Reihe Crisis Talks die Veranstaltung „Der ewige Antisemitismus und der Schutz jüdischen Lebens in Europa – Was tun?“ statt. Rebecca C. Schmidt, Geschäftsführerin des Forschungszentrums „Normative Ordnungen“ der Goethe-Universität Frankfurt, führte in ihrer Begrüßung aus, dass Antisemitismus eine Plage für die Menschheit sei und eine ernsthafte Gefahr für das gesellschaftliche Zusammenleben darstelle. Schmidt betonte angesichts der komplexen Herausforderungen die Bedeutung der Verteidigung von Demokratie und Rechtsstaat als Grundlage für den Schutz jüdischen Lebens. Prof. Dr. Stefanie Schüler-Springorum, Direktorin des Zentrums für Antisemitismusforschung an der TU Berlin und Koordinatorin des Forschungsnetzwerks Antisemitismus FoNA21, hob in ihrem Impulsvortrag hervor, dass sich Antisemitismus auf vielfältigen Ebenen der Gesellschaft manifestiere. Sie unterstrich die essenzielle Bedeutung von staatlichen Maßnahmen zum Schutz vor Antisemitismus. Im Rahmen der Podiumsdiskussion erläuterte Katharina von Schnurbein, Beauftragte der Kommission für die Bekämpfung von Antisemitismus und die Förderung des jüdischen Lebens, die Definition von Antisemitismus und betonte die Bedeutung der Perspektive der jüdischen Gemeinschaft in den aktuellen Debatten. Yohan Benizri, Rechtsanwalt und Vorstandsmitglied des Jüdischen Weltkongresses, verdeutlichte, dass Juden durch ihre persönlichen Erfahrungen besonders befähigt seien, die subtilen Facetten des Antisemitismus zu identifizieren und zu definieren. Er machte deutlich, dass Antisemitismus ein Problem sei, das die gesamte Gesellschaft betreffe, unabhängig davon, ob man direkt an antisemitischen Ideologien beteiligt sei oder nicht. Benizri betonte die Bedeutung von Universalismus und Rechtsstaatlichkeit als wesentliche Schritte zur Überbrückung der vorhandenen Diskrepanzen. Prof. Dr. Oliver Decker, Direktor des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts für Demokratieforschung an der Universität Leipzig, sprach über das tief verwurzelte Problem des Antisemitismus in der Gesellschaft im weltweiten Maßstab und forderte eine intensivere Auseinandersetzung mit den Ursachen. Jede Generation müsse es für sich neu aushandeln, da sich die Voraussetzungen änderten, so Prof. Decker. Prof. Schüler-Springorum erinnerte daran, dass die Corona-Krise als Katalysator für die Verbreitung von Verschwörungstheorien u.a. in Bezug auf Antisemitismus fungiert

habe. Die Veranstaltung wurde von Michael Thaidigsmann, Journalist und EU-Korrespondent der Jüdischen Allgemeinen, moderiert.

Besuch des Hessischen Handelsverbands e.V.

Am 05/06.03.2024 war der Hessische Handelsverband e.V. mit einer Delegation unter Leitung ihres Präsidenten Jochen Ruths und ihres Hauptgeschäftsführers Sven Rohde in Brüssel. U.a. fand ein Gespräch mit der Leiterin des Brüsseler Büros des HDE, Frau Antje Gerstein, statt. Frau Gerstein berichtete über für den Handel relevante europapolitische Themen und erläuterte, wie Interessenvertretung auf Verbandsebene in Brüssel funktionieren kann. Zudem tauschte sich die Delegation bei einem Gespräch im EP mit den hessischen MdEPs Engin Eroglu (Renew) und Martin Häusling (GRÜNE) über handelspolitische und finanz- und agrarpolitische Themen aus. Ein zentrales Thema war darüber hinaus die anstehende Europawahl und deren Auswirkungen. In einem Gespräch mit Till Spannagel, Abteilungsleiter Wirtschaft in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik DEU bei der EU, wurde darüber hinaus über aktuelle EU-Wirtschaftsthemen, wie u.a. das EU-Lieferkettengesetz und den EU-Verpackungsverordnungsvorschlag, diskutiert. Die Delegation nahm auch an der Veranstaltung „Der ewige Antisemitismus und der Schutz jüdischen Lebens in Europa – Was tun?“ in der Reihe Crisis Talks in der Landesvertretung teil.

Veranstaltung zum Thema „Kann KI helfen, um KI zu zähmen?“

Am 06.03.2024 fand in der Hessischen Landesvertretung in Brüssel auf Einladung des Hessischen Ministers für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales und Entbürokratisierung Manfred Pentz eine hochkarätige Veranstaltung rund um das Zusammenspiel von Datenschutz und Künstlicher Intelligenz statt („Kann KI helfen, um KI zu zähmen?“). Prof. Dr. Max Mühlhäuser von der TU Darmstadt, Sprecher des rund 40-köpfigen DFG-Graduiertenkollegs „Privatheit und Vertrauen für Mobile Nutzende“, erörterte in seinem Impuls den multidisziplinären Ansatz seiner Forschungsgruppe, um den Herausforderungen von KI gerecht zu werden. Risiken von KI bestehen u.a. bei der möglichen Manipulation der Verbraucher über soziale Netzwerke, führte Mühlhäuser aus. Sodann fand eine Paneldiskussion rund um das Thema KI und Datenschutz mit hochrangigen Gästen statt. Der Europäische Datenschutzbeauftragte Wojciech Wiewiórowski erläuterte, dass künftig KI-Systeme etabliert werden müssen, die KI „verwalten“ und negative Auswirkungen vermindern könnten. Zugleich seien vertrauenswürdige private oder öffentliche Akteure nötig, durch deren Bewertung und Einstufung der Umgang mit KI für Endnutzer erleichtert würde. Die Digitalexpertin und MdEP Alexandra Geese (Grüne/DEU) veranschaulichte, dass aktuell ein großes Risiko künstlicher Intelligenz die Beeinflussung von Wählerinnen und Wählern durch KI-Chatbots oder KI-generierte Algorithmen ist. Dem problematischen Umgang mit KI in von einigen wenigen Firmen dominierten sozialen Medien müsse mit der Auslotung rechtlicher Möglichkeiten begegnet werden. Dies sei eine klare Aufgabe für das kommende Mandat der Kommission ab Ende 2024. Eine dramatische Herausforderung sei das Thema Hassrede. Vor allem das Wettbewerbsrecht böte hier gewisse Handlungsmöglichkeiten, um gegenzusteuern. Jeremy Rollison (Senior Director von Microsoft) sah auch in der Generierung von Wasserzeichen ein Mittel, um KI-generierte Elemente zu identifizieren. Er betonte zugleich, dass Akteure mit unlauteren Absichten KI weiterhin als „mächtiges Mittel“ für ihre Interessen nutzen können. Bei der Bekämpfung von KI mithilfe von KI könnte sich im Einzelfall zugleich ein problematisches „Katz-und-Maus-Spiel“ ergeben. Prof. Mühlhäuser erklärte, dass allein schon wegen der schieren Masse von KI-Chatbots Menschen quantitativ bei der „Bekämpfung“ unterlegen seien, und es daher KI-Anwendungen brauche. Die Stärkung der Bildung sowie die ethische Auseinandersetzung der Menschen mit dem Thema KI sei daher besonders wichtig, resümierten die Panellisten. MdEP Alexandra

Geese betonte, es sei besonders wichtig, die freie und unabhängige Presse- und Medienlandschaft zu stärken. Dies sei von zentraler Bedeutung für Freiheit und Demokratie in Zeiten des Erstarkens von KI. Dies gelte es gerade auch auf europäischer Ebene zu berücksichtigen. Zugleich wurden auf der Veranstaltung auch die verschiedensten Chancen von KI gewürdigt, etwa in den Bereichen Medizin und Forschung. Die Gäste erfuhren in dem Event auch von den wichtigen Aktivitäten des Landes Hessen zur Stärkung des KI-Innovationsökosystems vor Ort in Hessen, unter Einbindung vieler Hochschulen, und an der Schnittstelle zwischen Forschung und Anwendung. Insbesondere das erfolgreiche Forschungszentrum hessian.ai wurde sehr plastisch vorgestellt. Moderiert wurde die Veranstaltung von der freien Journalistin Silke Wettach. Die Veranstaltung wurde von 150 Gästen besucht.

V o r s c h a u

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

Europäischer Rat

21/22.03.2024	Europäischer Rat
22.03.2024	Euro-Gipfel

Rat

11.03.2024	Treffen der „Euro-Gruppe“
11./12. 03.2024	Rat „Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz“
12.03.2024	Rat „Wirtschaft und Finanzen“
18.03.2024	Rat „Auswärtige Angelegenheiten“
19.03.2024	Rat „Allgemeine Angelegenheiten“
20.03.2024	Dreigliedriger Sozialgipfel

Europäische Kommission

12.03.2024	<ul style="list-style-type: none">• Mitteilung über Reformen im Vorfeld der Erweiterung und Überprüfung der Politik• Widerstandsfähigkeit gegenüber dem Klimawandel• Mitteilung über Migration und Asyl - Bestandsaufnahme (tbc)
20.03.2024	<ul style="list-style-type: none">• EU-Initiative für Biotechnologie und Bioproduktion• Qualifikations- und Arbeitskräftemangel in der EU: ein Aktionsplan

- Verstärkter Qualitätsrahmen für Praktika

Europäisches Parlament

Plenarsitzung in Straßburg 11.-14.03.2024

Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (Neufassung)
 Horizontale Cybersicherheitsanforderungen für Produkte mit digitalen Elementen und Änderung der Verordnung (EU) 2019/1020
 Begründung ausdrücklicher Umweltaussagen und die diesbezügliche Kommunikation (Richtlinie über Umweltaussagen)
 Haftung für fehlerhafte Produkte
 Änderung der Verordnung (EU) 2019/1009 im Hinblick auf die digitale Kennzeichnung von EU-Düngeprodukten
 Umsetzung und Ergebnisse der Kohäsionspolitik 2014-2020 in den Mitgliedstaaten
 Beschluss des Rates mit dem Ersuchen an die Mitgliedstaaten, das Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation gegen Gewalt und Belästigung von 2019 (Nr. 190) zu ratifizieren
 Zeichnung zusätzlicher Anteile am Kapital der EBWE durch die Union und Änderung des Übereinkommens zur Errichtung der EBWE - Bericht
 Richtlinie über Industrieemissionen
 Industrieemissionsportal
 Definition von Straftatbeständen und Sanktionen bei Verstoß gegen restriktive Maßnahmen der Union
 Gewichte und Abmessungen für bestimmte Straßenfahrzeuge
 Verlängerung der Geltungsdauer von Artikel 168 der Geschäftsordnung des Parlaments bis zum Ende der 10. Wahlperiode
 Europäisches Medienfreiheitsgesetz
 Reformen im Vorfeld der Erweiterung und Überprüfung politischer Maßnahmen - Erklärung der Kommission
 Ein einheitliches Verfahren zur Beantragung einer kombinierten Erlaubnis für Drittstaatsangehörige, sich im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats aufzuhalten und zu arbeiten, sowie über ein gemeinsames Bündel von Rechten für Drittstaatsarbeitnehmer, die sich rechtmäßig in einem Mitgliedstaat aufhalten (Neufassung)
 Leitlinien für den Haushaltsplan 2025 – Einzelplan III
 Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union (Neufassung)
 Europäische grenzübergreifende Vereine
 Erklärungen des Rates und der Kommission – Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates am 21./22.März 2024
 Was Europa ausmacht – Aussprache mit dem Ministerpräsidenten von Finnland, Petteri Orpo
 Bericht: Brando Benifei, Dragoş Tudorache (A9-0188/2023)

Änderung der Richtlinie über die alternative Beilegung
verbraucherrechtlicher Streitigkeiten
Einstellung der Europäischen OS-Plattform
Abschöpfung und Einziehung von Vermögenswerten
Nutzung des Binnenmarkt-Informationssystems und des
einheitlichen digitalen Zugangstors für die Zwecke
bestimmter Anforderungen gemäß der Richtlinie über
länderübergreifende europäische Vereinigungen
Zwangslizenzen für das Krisenmanagement sowie
Änderung der Verordnung (EG) Nr. 816/2006
Sicherheit von Spielzeug und Aufhebung der Richtlinie
2009/48/EG
Änderung der Richtlinie 2008/98/EG über Abfälle
Gemeinsame Aussprache - Europäisches Semester
Europäisches Semester für die wirtschaftspolitische
Koordinierung 2024
Europäisches Semester für die wirtschaftspolitische
Koordinierung: Beschäftigungs- und sozialpolitische
Prioritäten für 2024
Typgenehmigung von Kraftfahrzeugen und Motoren
hinsichtlich ihrer Emissionen und der Dauerhaltbarkeit von
Batterien (Euro 7)
Berichtspflichten in den Bereichen Straßenverkehr und
Luftfahrt: Verordnung
Mindestanforderungen an Mindestfahrtunterbrechungen
sowie tägliche und wöchentliche Mindestruhezeiten im
Sektor des Personengelegenenverkehrs
Festlegung des Zollkodex der Union und Einrichtung der
Zollbehörde der Europäischen Union sowie Aufhebung der
Verordnung (EU) Nr. 952/2013
Änderung der Verordnung (EG) Nr. 223/2009 über
europäische Statistiken
Zugesagte Überarbeitung der Tierschutzvorschriften der
EU und Europäische Bürgerinitiativen im Zusammenhang
mit dem Tierschutz - Anfrage zur mündlichen
Beantwortung
Rückgabe von durch Russland widerrechtlich
angeeignetem rumänischen nationalen Kulturgut –
Erklärung der Kommission
Gewerbliches Eigentum: Schutz von
Gemeinschaftsgeschmacksmustern
Gewerbliches Eigentum: Rechtlicher Schutz von Designs
(Neufassung)
Berichtspflichten über die Geodateninfrastruktur
Protokoll zur Änderung des Abkommens zwischen der
Europäischen Union und Japan über eine
Wirtschaftspartnerschaft im Hinblick auf den freien
Datenverkehr
Ernennung eines Mitglieds des Rechnungshofs – Carlo
Alberto Manfredi Selvaggi

Ausschuss der Regionen

- 18./19.03.2024 10. Europäisches Gipfeltreffen der Regionen und Städte
- 22.03.2024 NAT-Fachkommissionssitzung
Die Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik (Abstimmung)
Bewältigung von Arzneimittelengpässen (Abstimmung)

Europäischer Gerichtshof

- 12.03.2024 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große
Kammer) in den verbundenen Rechtssachen C-146/23 Są
Rejonowy w Białymstoku und C-374/23 Adoreikė – Höhe
der Vergütung und Unabhängigkeit von Richtern (Polen
bzw. Litauen)
- 14.03.2024 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtsmittelsache C-291/22
P D & A Pharma / Kommission und EMA – Antrag auf
Erteilung einer Genehmigung für das Inverkehrbringen von
Arzneimitteln
- 14.03.2024 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-516/22
Kommission / Vereinigtes Königreich (Urteil des Supreme
Court of the United Kingdom) – Übrige unionsrechtliche
Verpflichtungen des Vereinigten Königreichs
- 14.03.2024 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-46/23 Újpesti
Polgármesteri Hivatal – Löschauftrag einer
Datenschutzbehörde (Ungarn)
- 14.03.2024 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-336/22 f6
Cigarettenfabrik – Steuern auf Tabakwaren (Deutschland)
- 14.03.2024 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-536/22 VR
Bank Ravensburg-Weingarten – Vorfälligkeitsentschä-
digung aus einem Darlehensvertrag
- 19.03.2024 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof in der
Rechtssache C-314/23 Air Nostrum – Diskriminierung
aufgrund des Geschlechts (Spanien)
- 21.03.2024 Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der
Rechtssache C-61/22 Landeshauptstadt Wiesbaden –
Speicherung von Fingerabdrücken auf Personalausweisen
(Deutschland)
- 21.03.2024 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-76/23 Cobult
– Fluggastrechte: Kostenerstattung per Gutschein
(Deutschland)

- 21.03.2024 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-10/22 LEA – Organisationen für die kollektive Rechtswahrnehmung und unabhängige Verwertungsgesellschaften (Italien)
- 21.03.2024 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-671/22 Bezirkshauptmannschaft Spittal an der Drau – Umweltschutz: Wasserrahmenrichtlinie (Österreich)
- 21.03.2024 Schlussanträge der Generalanwältin am Gerichtshof in den verbundenen Rechtsmittelsachen C-778/21 P Kommission / Front Polisario und C-798/21 P Rat / Front Polisario, und in den verbundenen Rechtsmittelsachen C-779/21 P Kommission / Front Polisario und C-799/21 P Rat / Front Polisario – Auswärtige Beziehungen der EU: Westsahara
- 21.03.2024 Schlussanträge der Generalanwältin am Gerichtshof in der Rechtssache C-399/22 Confédération paysanne (Melonen und Tomaten aus der Westsahara) – Rechtsangleichung: nationale Importverbote für Lebensmittel aus bestimmten Gebieten (Frankreich)
- 21.03.2024 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in den verbundenen Rechtsmittelsachen C-611/22 P Illumina / Kommission und C-625/22 P Grail / Kommission und Illumina – Fusionskontrolle: Übernahme von GRAIL durch Illumina

EuG

- 12.03.2024 Mündliche Verhandlung vor dem Gericht (Große Kammer) in den Rechtssachen T-797/22 Ordre néerlandais des avocats du barreau de Bruxelles u. a. /, T-798/22 Ordre des avocats à la cour de Paris et Couturier / und T-828/22 ACE / Rat – Restriktive Maßnahmen angesichts der Situation in der Ukraine betr. das Erbringen von Dienstleistungen in den Bereichen Architektur und Ingenieurwesen, Rechtsberatung und IT-Beratung für die Regierung Russlands oder in Russland niedergelassene juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen
- 20.03.2024 Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-743/22 Nikita Dmitrievich Mazepin / Rat – Restriktive Maßnahmen angesichts der Situation in der Ukraine: Anfechtung von Sanktionen eine natürliche Person

Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 22.03.2024

Abkürzungsverzeichnis

Europäisches Parlament	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion Renew Europe	RN
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	GUE
Fraktion Identität und Demokratie	ID
Fraktionslos	FL
EU-Mitgliedstaaten	
Belgien	BEL
Bulgarien	BUL
Dänemark	DNK
Deutschland	DEU
Estland	EST
Finnland	FIN
Frankreich	FRA
Griechenland	GRI
Irland	IRL
Italien	ITL
Kroatien	KRO
Lettland	LET
Litauen	LIT
Luxemburg	LUX
Malta	MTA
Niederlande	NDL
Österreich	AUT
Polen	POL
Portugal	PTL
Rumänien	ROM
Schweden	SWE
Slowakei	SLK
Slowenien	SLO
Spanien	ESP
Tschechische Republik	CZR
Ungarn	HUN
Zypern	CYP
Länder außerhalb der EU	
Vereinigtes Königreich	GBR
Vereinigte Staaten von Amerika	USA